Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe

Dreizehnter Bericht 2004/2005

Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

welt hunger hilfe

Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe
Dreizehnter Bericht 2004/2005
Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik

Herausgeber:
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
terre des hommes Deutschland e.V.
Redaktion: Birgit Dederichs-Bain, Wolf-Christian Ramm
Autor: Jens Martens
Gestaltung: Klaus Mannhardt, Essen
1. Auflage 2.000, November 2005
Redaktionsschluss: 14. Oktober 2005
Diese Broschüre wurde auf 100% Recycling-Papier gedruckt

DWHH-Lager-Nr. 460-3022

Inhalt

Vorwort 4

Kapitel 1

1. Der internationale Rahmen deutscher Entwicklungspolitik 5
2. Die Antwort der Bundesregierung 8
3. Anspruch und Wirklichkeit: Die Zahlen 11
4. Anspruch und Wirklichkeit: Die Fakten 15

Literatur 23
Tabellen 24

Kapitel 2

1. Einleitung 33
2. Die Folgen des Tsunami: Ausmaß und internationale Reaktionen 35
   - 2.1. Das Ausmaß der Katastrophe 35
   - 2.2. Die internationalen Reaktionen 39
3. Die Folgen der Flut für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit 43
   - 3.1. Die Not- und Wiederaufbauhilfe der Bundesregierung 43
   - 3.2. Probleme der Tsunami-Hilfe und Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit 48
     - *Nicht jede Hilfe hilft*
     - *Nicht jede Konkurrenz belebt das Geschäft*
     - *„Wiederaufbau der Armut?“*
     - *Stabilisieren oder intervenieren?*
     - *Konsequenzen für die Wiederaufbauhilfe*
4. Schlussfolgerungen: Empfehlungen von Deutscher Welthungerhilfe und terre des hommes an die Bundesregierung 61

Literatur 65
Internetressourcen 66
Abkürzungsverzeichnis 67

Vorwort

In diesem Jahr veröffentlichen die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland den Dreizehnten Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe". Dieser jährliche Bericht erscheint seit 1993 und hat sich als Instrument kritischer Analyse der Entwicklungspolitik der Bundesregierung etabliert und bewährt.

Auch in diesem Jahr ist der erste Teil als OECD-DAC-Schattenbericht zur offiziell deklarierten deutschen Entwicklungspolitik konzipiert. Er skizziert quantitative und qualitative Aspekte deutscher öffentlicher Leistungen vor dem Hintergrund der entwicklungspolitischen Ansprüche und Zielsetzungen der Bundesregierung und bezieht dabei auch den internationalen Rahmen deutscher Entwicklungspolitik ein. Ein Schwerpunkt ist daher die Frage nach der Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele und die – vor allem aus entwicklungspolitischer Sicht – enttäuschenden Ergebnisse beim UN-Gipfel im September dieses Jahres in New York.

Der zweite Teil beschäftigt sich unter dem Titel „Die Folgen der Flut" mit der Darstellung von Ausmaß und Konsequenzen der Tsunami-Katastrophe im Dezember letzten Jahres im Indischen Ozean. Er stellt die Frage nach den Folgen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Im Zusammenhang mit der Rolle der Medien lenkt er die Aufmerksamkeit auf die täglichen „stillen" Tsunamis und leitet daraus Forderungen an die Bundesregierung ab.

Autor ist Jens Martens, entwicklungspolitischer Gutachter, Leiter des Europa-Büros des Global Policy Forum, Bonn.

Bonn/Osnabrück, im September 2005

Kapitel 1

1. Der internationale Rahmen deutscher Entwicklungspolitik

Die deutsche Entwicklungspolitik wurde in den vergangenen zwölf Monaten maßgeblich beeinflusst von den Vorbereitungen auf den Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen, der vom 14. bis 16. September 2005 in New York stattfand. Ein zentrales Thema des Gipfels waren die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs). Bei ihnen handelt es sich um ein aus der Millenniumserklärung des Jahres 2000 abgeleitetes Set von acht Zielen vor allem im Bereich von Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit, die überwiegend bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden sollen. Ziel Nummer 1 besteht in der Halbierung des Anteils der Menschen, die in „extremer Armut", d.h. von weniger als einem US-Dollar am Tag, leben müssen. Ebenfalls halbiert werden soll der Anteil der Menschen, die an Hunger leiden.

Die Vereinten Nationen führten im Vorfeld des September-Gipfels ein umfangreiches Projekt durch, das untersuchen sollte, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, um die Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Dieses *Millenniumprojekt* unter Leitung des Wirtschaftsprofessors Jeffrey Sachs präsentierte seinen Abschlussbericht (den sog. Sachs-Bericht) im Januar 2005.[1] Es kam zu einem vernichtenden Urteil über den Zustand internationaler Entwicklungszusammenarbeit. Die Hilfe des Nordens sei in ihrer Quantität völlig unzureichend, um die Millenniumsentwicklungsziele in den nächsten zehn Jahren zu verwirklichen, und in ihrer Qualität zu wenig auf die Bekämpfung der Armut ausgerichtet. Die Entwicklungshilfe sei häufig von sehr niedriger Qualität. Sie sei oft unberechenbar, mit Lieferbindungen verknüpft und diente eher den Partikularinteressen der Geber als den Entwicklungsstrategien der Empfänger. In den Ländern mit niedrigem Einkommen flössen nur 24 Prozent der gegenwärtigen bilateralen Entwicklungshilfe in Vorhaben zur direkten Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele, in den Ländern mit mittlerem Einkommen seien es ganze neun Prozent.[2]

Als Konsequenz daraus forderte der Sachs-Report eine stärkere Ausrichtung der gesamten Nord-Süd-Politik (inkl. Handels- und Finanzpolitik) auf die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele sowie eine radikale Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA). Sie sollte von 78,6 Milliarden US-Dollar (2004) auf 135 Milliarden. (2006) steigen und bis 2015 195 Milliarden US-Dollar erreichen. Dieser Betrag, der nur zur Finanzierung der Millenniumsentwicklungsziele notwendig wäre, entspräche etwa 0,54 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geberländer. Hinzu kämen die Mittel zur Finanzierung anderer entwicklungspolitischer Aufgaben, z.B. im Bereich der Konfliktprävention, so dass das „0,7-Prozentziel" weiterhin gültig bliebe.

1 Vgl. UN Millennium Project (2005) sowie das Briefing Paper von Martens (2005).
2 Vgl. UN Millennium Project (2005), S. 197f.

Der UN-Generalsekretär griff in seinem Bericht zur Vorbereitung auf den Millennium+5-Gipfel im März 2005 die Kritik und die Schlussfolgerungen des Sachs-Reports auf und forderte von den Regierungen, sich in einem verbindlichen Stufenplan zur Verwirklichung des 0,7-Prozentziels spätestens bis zum Jahr 2015 zu verpflichten.[3]

Die Europäische Kommission reagierte darauf im April 2005 mit einem „MDG-Paket", das Vorschläge an die Adresse der EU-Mitgliedsstaaten zu den Themen Entwicklungsfinanzierung, entwicklungspolitische Kohärenz und zur besonderen Unterstützung für Afrika formulierte. Wesentlicher Teil des Paketes war der Vorschlag für einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der ODA. Danach soll die öffentliche Entwicklungshilfe aller 25 EU-Mitgliedsstaaten auf durchschnittlich 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015 steigen (s. Tabelle). Dieser Stufenplan wurde auf der Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (RAA) der EU am 24. Mai 2005 verabschiedet und im Abschlusskommuniqué des G8-Gipfels von den dort anwesenden Staats- und Regierungschefs aus der EU, darunter auch dem deutschen Bundeskanzler, bestätigt.[4] Der Stufenplan schließt an die Beschlüsse des Europäischen Rates von Barcelona 2002 an, bei dem die Staats- und Regierungschefs sich verpflichtet hatten, die Entwicklungshilfe bis 2006 im EU-Durchschnitt auf 0,39 Prozent des BNE zu steigern. Das deutsche ODA-Zwischenziel für 2006 wurde damals auf 0,33 Prozent festgelegt.

Tabelle: 2015-Stufenplan der EU zur Erhöhung der ODA *(in Mrd. €)*

	2003		**2006**		**2010**		**2015**	
	ODA	%	ODA	%	ODA	%	ODA	%
„Alte" Mitgliedsstaaten (EU15) Individualziel: 0,51% bis 2010	32,871	*0,35*	45,788	*0,43*	65,998	*0,58*	90,052	*0,7*
„Neue" Mitgliedsstaaten (EU 10) Individualziel: 0,17% bis 2010	0,165	*0,04*	0,474	*0,09*	0,993	*0,17*	2,121	*0,33*
EU25 Kollektivziel: 0,56% bis 2010	**33,036**	***0,34***	**46,262**	***0,42***	**66,980**	***0,56***	**92,162**	***0,7***

Quelle: Commission of the European Communities, 2005

3 Vgl. UN Secretary-General (2005).
4 Vgl. G8 (2005), Annex II.

Angesichts der Haushaltslage in den meisten EU-Staaten erscheint eine drastische Erhöhung der ODA allein über die regulären Etats der Entwicklungsministerien unrealistisch. So verwundert es nicht, dass im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels die Diskussion über die Einführung neuer internationaler Finanzierungsinstrumente an Dynamik gewonnen hat. Im Zentrum standen dabei die Initiative der britischen Regierung für eine Internationale Finanzfazilität (IFF) und Vorschläge für international koordinierte Steuern, u.a. auf Flugbenzin und Devisentransaktionen.

Mit der IFF sollten, abgesichert durch langfristige Zahlungszusagen der beteiligten Regierungen, über die Ausgabe von Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten Mittel aufgenommen werden, die unmittelbar zur Armutsbekämpfung verwendet werden könnten. Auf diese Weise sollten in den kommenden 10 bis 15 Jahren 500 Milliarden Dollar mobilisiert werden.

Für die Einführung internationaler Steuern und Abgaben haben sich vor allem die Regierungen von Brasilien, Chile, Frankreich, Spanien und (seit Februar 2005) Deutschland (sog. „Lula-Gruppe") in einer gemeinsamen Initiative stark gemacht.[5]

Zusätzlich hatte der britische Schatzkanzler Gordon Brown Anfang 2005 die Forderung nach einem 100-prozentigen Erlass der multilateralen Schulden aller Länder mit niedrigem Einkommen in die Diskussion gebracht. Betroffen davon wären die multilateralen Schulden beim IWF, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank (ADB). Der Erlass der Schulden sollte beim IWF über den Verkauf von Goldreserven, bei Weltbank und ADB über Ausgleichszahlungen der reichen Länder finanziert werden.

Ein Teil dieser Pläne konnte bis zum UN-Gipfel im September 2005 zumindest in Ansätzen realisiert werden. Die Finanzminister der EU unterstützten im Juni 2005 im Grundsatz eine Solidaritätsabgabe auf Flugtickets, allerdings nur unter der Maßgabe, dass deren Einführung nicht verbindlich, sondern für die einzelnen Mitgliedsstaaten auf freiwilliger Basis erfolgen solle.

Die Staats- und Regierungschefs der G8 vereinbarten bei ihrem Gipfel im schottischen Gleneagles[6] für 18 der hochverschuldeten armen Ländern (HIPC) einen Erlass ihrer multilateralen Schulden bei der Weltbanktochter IDA, dem IWF und der ADB. Es handelt sich damit nicht um einen 100-prozentigen Schuldenerlass für diese Länder, da sie weiterhin ihre Schulden bei anderen multilateralen Gläubigern zurückzahlen müssen. Die Schuldenstreichungen, die formal bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank beschlossen werden, haben einen Nominalwert von 40 Milliarden US-Dollar, bezogen auf eine Laufzeit von 40 Jahren. Die 18 Länder sparen demnach effektiv eine Milliarde US-Dollar im Jahr an Schuldendienstzahlungen. Der ökonomisch relevantere Gegenwartswert (Net Present Value) der Schulden beträgt allerdings lediglich 17 Milliarden US-Dollar.

5 Vgl.: Joint statement adopted in Brasilia on 11 February 2005 by Brazil, Chile, France, Germany and Spain, in: UN Dok. A/59/719 vom 1. März 2005, Annex. Im Frühjahr 2005 hat sich auch Algerien dieser Initiative angeschlossen.

6 Vgl. G8 (2005).

Andere hochverschuldete Länder gingen bei den Schuldenstreichungen der G8 leer aus.[7] ActionAid, Christian Aid und die britische Jubilee-Kampagne hatten im Vorfeld des Gipfels vorgerechnet, dass 62 hochverschuldete Länder einen 100-prozentigen Schuldenerlass benötigten, um die Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.[8] Hinzu kommt, dass für die 18 Länder, denen die Schulden erlassen werden, bei IDA und ADB die künftigen Bruttohilfsflüsse um die erlassenen Beträge angepasst werden sollen. Die erlassenen Mittel sollen entsprechend dem jeweiligen Verteilungsschlüssel auf alle IDA- bzw. ADB-Länder umgelegt werden. Dadurch würde, so das BMZ, *„einer zunehmenden Ungleichbehandlung von HIPCs und anderen IDA-Ländern entgegengewirkt."*[9] Die 18 vom Schuldenerlass betroffenen Länder profitieren dadurch freilich weniger von dem Erlass.

Weiterhin kündigte die britische Regierung beim Gipfel in Gleneagles das Pilotprojekt einer IFF für Impfungen (IFFIm) an. Es hat ein Finanzierungsvolumen von vier Milliarden US-Dollar, verteilt auf einen Auszahlungszeitraum von zehn Jahren. Eine Arbeitsgruppe der G8 soll die konkrete Umsetzung der IFF und anderer Finanzierungsinstrumente weiter erörtern. Das IFFIm-Pilotprojekt wurde von Großbritannien gemeinsam mit Frankreich, Spanien, Italien und Schweden am 9. September 2005 offiziell ins Leben gerufen.

Schließlich vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der G8, die Entwicklungshilfe für Afrika bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem in die Bereiche Bildung und Aids-Bekämpfung fließen.

Beim UN-Gipfel in New York beließen es die Staats- und Regierungschefs im Abschlussdokument dabei, all diese Finanzierungsinitiativen „zu begrüßen" bzw. (im Fall der innovativen Finanzierungsinstrumente) lediglich „mit Interesse zu Kenntnis zu nehmen", ohne weitergehende Beschlüsse zu fassen.

2. Die Antwort der Bundesregierung

Die rot-grüne Bundesregierung hatte das Jahr 2005 mit Blick auf den UN-Gipfel im September schon früh zum „Entscheidungsjahr" erklärt. Gemünzt war dies allerdings in erster Linie auf die Reform der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates. Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul forderte im Februar aber auch: *„2005 muss zum Wendejahr in der Entwicklungspolitik werden."*[10]

7 Grundsätzlich hat die G8 die Schuldenstreichungen auch den derzeit 20 anderen HIPC-Ländern zugesagt, sobald diese den so genannten Vollendungszeitpunkt (*completion point*) im Rahmen der HIPC-Initiative erreicht haben. Ob und wann dies der Fall ist, ist jedoch völlig ungewiss.

8 Vgl. ActionAid/Jubilee Debt Campaign/Christian Aid (2005).

9 Vgl. BMZ Pressemitteilung vom 16. Juni 2005.

10 Rede der stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, zum Thema „Willy Brandt und die Nord-Süd-Politik" auf der Veranstaltung: „Globalisierung der Mitmenschlichkeit - 25 Jahre Brandt-Report" am 10. Februar 2005.

Und tatsächlich hat die Bundesregierung im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels Fragen der Entwicklungsfinanzierung und Nord-Süd-Kooperation einen größeren Stellenwert beigemessen, als dies in den Vorjahren der Fall war. Demonstratives Zeichen für den Wandel in der deutschen Politik war der Beitritt zur „Lula-Gruppe" von Brasilien, Frankreich, Chile und Spanien nach dem Treffen von Bundeskanzler Schröder mit dem brasilianischen Präsidenten Lula beim Weltwirtschaftsforum in Davos Ende Januar 2005. Internationale Steuern waren für Kanzler und Finanzminister bis dahin tabu – seitdem unterstützten sie öffentlich ihre Einführung.

Gemeinsam mit der französischen Regierung schlug die Bundesregierung sowohl im Rahmen der G7-Finanzminister als auch der EU die Einführung einer Kerosinsteuer vor. Später gehörte sie innerhalb der Verhandlungen auf EU-Ebene zu den aktivsten Verfechtern einer verbindlichen Solidaritätsabgabe auf Flugtickets. Anlässlich eines Treffens der Lula-Gruppe in Deutschland Anfang Juni 2005 verabschiedete sie mit ihren Partnern eine „Berliner Erklärung" zu innovativen Instrumenten der Entwicklungsfinanzierung. Darin tritt sie explizit für „Solidaritätsabgaben zur Bekämpfung von Hunger und Armut und zur verstärkten Finanzierung nachhaltiger Entwicklung" ein.[11]

Zurückhaltender reagierte die Bundesregierung auf den britischen Vorschlag einer Internationalen Finanzierungsfazilität. Finanzminister Eichel unterstützte lediglich das Pilotprojekt einer IFF für Impfungen in Kombination mit einer Flugbenzin- oder Flugticketabgabe zur Gegenfinanzierung.[12] Erheblichen Widerstand leistete die Bundesregierung gegen den britischen Vorstoß eines 100-prozentigen Erlasses der multilateralen Schulden aller armen Länder. Sie war lediglich zu Entschuldungsmaßnahmen für einzelne hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPCs) bereit, die den so genannten Vollendungspunkt *(Completion Point)* erreicht haben, d.h. den Zeitpunkt, zu dem die vereinbarte Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative vollständig vollzogen worden ist. Dies betrifft nur 18 der 42 HIPCs (Stand: Juli 2005). Außerdem machte der Bundesfinanzminister jede weitere Entschuldung von der Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Ressourcen abhängig.[13] Deutschland setzte sich damit beim Gipfel der G8 in Gleneagles gegenüber den weitergehenden Vorschlägen der Briten durch.[14]

Eine historische Entscheidung für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutete der Beschluss des Europäischen Rates über den ODA-Stufenplan. Die Bundesregierung hatte einen verbindlichen Zeitplan zur Verwirklichung des 0,7-Prozentziels jahrelang abgelehnt. Mit der Konsensentscheidung des Rates vom Juni 2005 ist der Plan nun auch für Deutschland gültig.[15] Danach soll die deutsche ODA bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf

11 Vgl. Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes Nr. 185/05 vom 3. Juni 2005 („Berliner Erklärung zu innovativen Instrumenten der Entwicklungsfinanzierung verabschiedet").

12 Vgl. Eichel (2005), S. 5.

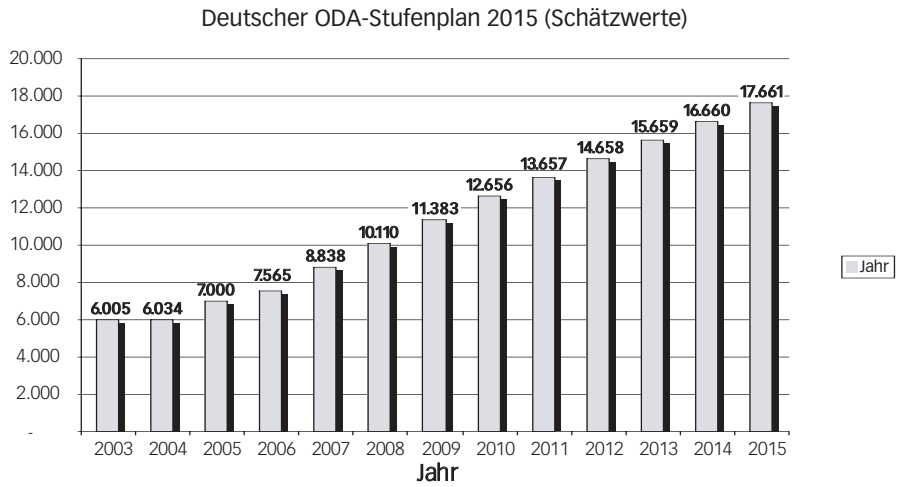
13 Ebd.

14 Für die Bundesregierung entstehen dadurch nach Angaben des BMZ für die Jahre 2005-2007 zusätzliche Kosten von 120 Mio. Euro, d.h. 40 Mio. Euro pro Jahr. Die Finanzierung des Schuldenerlasses ist über 2007 hinaus bislang nicht gesichert. Vgl. BMZ Pressemitteilung vom 16. Juni 2005.

0,7 Prozent des BNE steigen. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission bedeutet dies eine Verdoppelung der deutschen ODA von 6,005 Milliarden Euro 2003 auf 12,655 Milliarden 2010 und nahezu eine Verdreifachung auf 17,661 Milliarden Euro bis 2015. Einen linearen Anstieg vorausgesetzt hieße dies, die deutsche ODA müsste zwischen 2006 und 2010 um jährlich 1,27 Milliarden Euro wachsen. Bis zum Jahr 2015 wäre ein weiterer Anstieg um rund eine Milliarde Euro pro Jahr erforderlich, um das 0,7-Prozentziel zu erreichen. Die folgende Grafik illustriert die ODA-Erhöhungen, die notwendig sind, um den Stufenplan zu verwirklichen.

Möglicher 2015-Stufenplan Deutschlands zur Erhöhung der ODA

(Projektion auf Basis von Schätzungen der Europäischen Kommission, in Mrd €)



Quelle: Commission of the European Communities, 2005/eigene Berechnungen

Mit dem ODA-Stufenplan erfüllte die Bundesregierung eine Forderung, die seit Jahren von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen erhoben worden war. Sie war u.a. von Deutscher Welthungerhilfe und terre des hommes in ihrer hier vorliegenden jährlichen Publikation immer wieder angemahnt worden. Dennoch ist der Stufenplan zunächst nicht mehr als eine politische Absichtserklärung. Entscheidend wird sein, ob diese von Bundesregierung und Bundestag Jahr für Jahr in die Tat umgesetzt wird. Dies müsste allerdings ohne die Anrechnung von Schuldenerlassen auf die ODA-Quote geschehen (siehe unten). Als positives Signal konnte gewertet werden, dass auch der Bundestag in seiner Entschließung zu den Millenniumsentwicklungszielen im Juni 2005 den Stufenplan aus-

15 Die Bundesregierung erklärte allerdings im Anschluss wiederholt, dass die geplanten ODA-Erhöhungen auch durch innovative Finanzierungsinstrumente erreicht werden sollten; vgl. z.B. G8 (2005), Annex II.

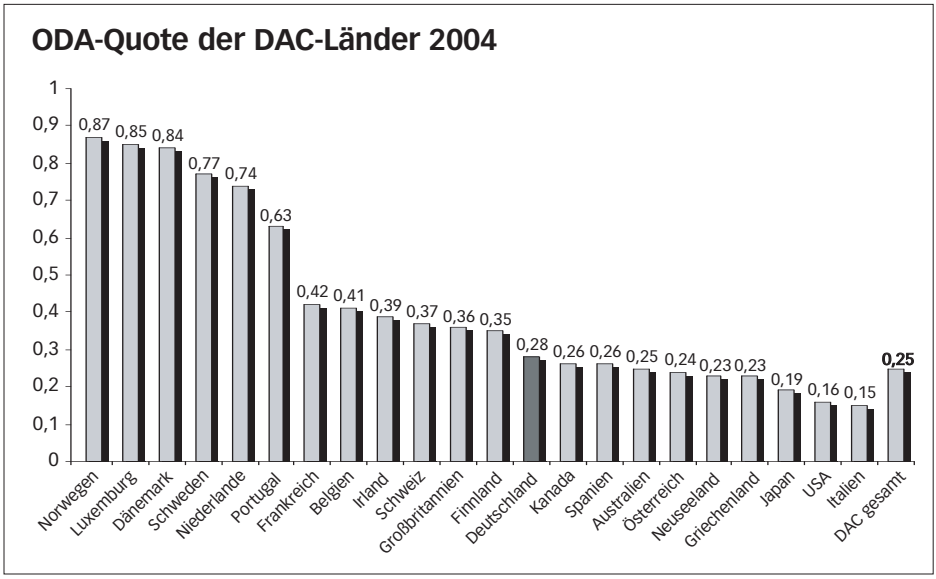
drücklich unterstützte.[16] Der Bundeshaushalt 2006 bietet eine erste Möglichkeit zu überprüfen, ob die Bundesregierung ihre Zusagen einhält. Denn die versprochene ODA-Erhöhung muss sich dort im Etat des BMZ widerspiegeln.

Die Realisierung des ODA-Stufenplans erfordert tatsächlich die „Wende" in der Entwicklungspolitik, von der die Bundesentwicklungsministerin Anfang des Jahres sprach. Denn wie die aktuellen Zahlen und Fakten zeigen, blieb die „Wirklichkeit deutscher Entwicklungshilfe" sowohl hinsichtlich der Quantität als auch der Qualität bisher weit hinter ihrem politischen Anspruch zurück.

3. Anspruch und Wirklichkeit: Die Zahlen

Nach den Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist die öffentliche Entwicklungshilfe Deutschlands im Jahr 2004 angestiegen. Sie betrug im vergangenen Jahr 7,497 Milliarden US-Dollar gegenüber 6,784 Milliarden im Jahr 2003. Dieser Anstieg liegt im internationalen Trend: Die gesamte ODA der im OECD-Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee, DAC) zusammengeschlossenen 22 Geberländer erhöhte sich von 69,094 Milliarden US-Dollar 2003 auf 78,568 Milliarden im Jahr 2004 – und damit auf einen neuen historischen Höchststand (vgl. Tabelle 2).

Aber der Schein wachsender Entwicklungshilfe trügt, denn der Hauptgrund für die nominale Erhöhung der ODA lag im Anstieg des Euro-Kurses gegenüber dem US-Dollar. Umge-



Quelle: OECD, Pressemitteilung 11. April 2005.

16 Vgl. Deutscher Bundestag (2005).

rechnet in Preise und Wechselkurse von 2003 ist die weltweite ODA lediglich um rund 3,1 Milliarden auf 72,241 Milliarden US-Dollar gestiegen. Etwa die Hälfte der zusätzlichen Mittel (1,5 Milliarden US-Dollar) floss nach Afghanistan und in den Irak.[17] Die deutsche ODA ist dagegen wechselkurs- und inflationsbereinigt im Jahr 2004 sogar um 0,4 Prozent auf 6,755 Milliarden US-Dollar gesunken. Die Entwicklung der ODA-Quote, d.h. des Anteils der ODA am Brutto-Nationaleinkommen (BNE), spiegelt den tatsächlichen Trend der Hilfe realistischer wider. Die Quote aller DAC-Mitglieder blieb mit 0,25 Prozent gegenüber 2003 ebenso unverändert wie die deutsche ODA-Quote, die 2004 wie im Vorjahr bei 0,28 Prozent lag. Im Vergleich zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegt Deutschland damit weiterhin in der unteren Hälfte der Geberländer. Der beschlossene Aufwärtstrend im Sinne des Stufenplans der EU zeichnet sich in diesen Zahlen noch nicht ab.

Wichtigster Gradmesser für die deutsche Entwicklungshilfe ist nach wie vor der Haushalt des BMZ, der so genannte Einzelplan 23. Er sieht für das Jahr 2005 Ausgaben in Höhe von 3,859 Milliarden Euro vor. Damit stiege der BMZ-Etat gegenüber 2004 um zwei Prozent bzw. rund 76 Millionen Euro (s. Tabelle 1). Bemerkenswert ist dabei, dass die Bundesregierung im ursprünglichen Haushaltsplan (Juni 2004) keine Erhöhung vorgesehen hatte und erst bei den Haushaltsverhandlungen im Parlament, vor allem auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen, nachgebessert wurde. Allerdings ist im Rahmen der Sparmaßnahmen des Bundesfinanzministers wie schon 2004 eine so genannte „Globale Minderausgabe" vorgesehen. Sie reduziert den BMZ-Etat um 38,8 Millionen Euro, so dass dem Entwicklungsministerium 2005 real voraussichtlich nur 3,820 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Hinzu kamen im Laufe des Jahres 2005 Mittel, die in Folge der Tsunami-Katastrophe bereitgestellt wurden. Die Bundesregierung hatte im Januar 2005 für die Jahre 2005 bis 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro angekündigt. Im Mai 2005 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages für das laufende Jahr 125 Millionen Euro freigegeben. Aus diesen Mitteln wurden der Hilfsappell der Vereinten Nationen, die geleistete Nothilfe sowie der Bundeswehreinsatz in Indonesien finanziert (Genaueres dazu in Kapitel 2). Die Mittel hierfür wurden nach Angaben des BMZ als „Verstärkungstitel" in den Einzelplan 23 eingestellt.

Mit dem Haushaltsentwurf 2006 setzte die rot-grüne Bundesregierung den Trend einer graduellen Erhöhung der BMZ-Mittel fort. Danach sollte der BMZ-Etat 2006 gegenüber dem Sollansatz 2005 um 181 Millionen Euro auf 4,040 Milliarden Euro steigen. Berücksichtigt man allerdings die darin enthaltenen Tsunami-Sondermittel in Höhe von 150 Millionen Euro, fällt die Erhöhung wesentlich bescheidener aus. Unter der Annahme, dass der Bundeshaushalt auch im Jahr 2006 durch eine Globale Minderausgabe reduziert wird, stiegen die verfügbaren Mittel des BMZ (ohne die Tsunami-Sondermittel) um lediglich 31 Millionen Euro oder 0,8 Prozent. Verglichen mit den Steigerungsraten, die notwendig wären, um den Stufenplan der EU zu verwirklichen, reichen diese Erhöhungen bei weitem nicht aus.

17 Vgl. OECD, Pressemitteilung 11. April 2005.

Dies gilt erst recht für die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung. Nach dem Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 sollen die BMZ-Mittel bis 2009 lediglich um jährlich 80 bzw. 85 Millionen auf 4,290 Milliarden Euro steigen (2007: 4,120 Milliarden, 2008: 4,205 Milliarden).

Die Bundesregierung weist immer wieder darauf hin, dass die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands nicht allein über den Einzelplan 23 finanziert wird. Insgesamt listet die Bundesregierung in ihrem Bundeshaushaltsplan 2005 folgende Finanzierungstöpfe auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf:[18]

Tabelle:
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschland 2005

Bezeichnung	Soll 2005 (in Mio. €)	Anteil (in %)
Einzelplan 23 (BMZ)	3.859	56,5
Übrige Einzelpläne (Auswärtiges Amt u.a.)	991	14,5
ERP-Sondervermögen des Bundes (Exportfonds)	150	2,2
Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer (einschließlich Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern) und Gemeinden (einschließlich Aufwendungen für politische Flüchtlinge)	460	6,7
Entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die EU (deutscher Finanzierungsanteil)	1.374	20,1
Summe	**6.834**	**100**

Nicht all diese Ausgaben sind als öffentliche Entwicklungshilfe im Sinne der ODA-Definition der OECD anrechenbar. Das gilt zum Beispiel für die Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas und einiger Schwellenländer wie Zypern, Israel, der Republik Korea und Libyen.

Zur ODA teilweise hinzugerechnet werden andererseits die Schuldenstreichungen der Bundesregierung gegenüber den Entwicklungsländern. Dies gilt in zwei Fällen: Erstens werden erlassene Handelsschulden in voller Höhe auf die ODA angerechnet. Denn bei Handelsschulden handelt es sich um Kredite zu kommerziellen Bedingungen, die nicht als ODA gezählt werden. Daneben werden beim Erlass von Krediten der Finanziellen Zusammenarbeit (d.h. den traditionellen Entwicklungshilfekrediten zu nicht-kommerziel-

18 Vgl. BMF (2004), Einzelplan 23, Übersicht 2 (Aufgaben auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit).

len Bedingungen) die erlassenen Zinsen bei der Berechnung der ODA berücksichtigt. Zweitens hat aber auch der Erlass der FZ-Kredite selbst Einfluss auf die ODA. Die erlassenen Kreditbeträge dürfen nach den OECD-Richtlinien zwar nicht der ODA zugerechnet werden, da sie ja bereits im Jahr der Kreditvergabe als ODA gemeldet wurden. Da die von den Entwicklungsländern in einem Jahr zurückgezahlten FZ-Kredite aber die ausgewiesene (**Netto-**)ODA dieses Jahres entsprechend reduzieren, führt ein Schuldenerlass faktisch zu einer Steigerung der (Netto-)ODA. Im Jahr 2003 hätte beispielsweise die deutsche ODA-Quote ohne Schuldenerlass statt 0,28 nur 0,23 Prozent betragen (s. Tabelle).

Tabelle:
Anteil der Schuldenerlasse an der deutschen ODA 1990-2003

Jahr	**Anteil der Schuldenerlasse an der ODA** (in %)	**ODA-Quote ohne Schuldenerlasse** (in %)	**ODA-Quote** (in %)
1990	23,07	0,31	0,41
1991	6,34	0,36	0,39
1992	8,23	0,34	0,37
1993	0,48	0,35	0,35
1994	2,73	0,32	0,33
1995	5,18	0,29	0,31
1996	9,41	0,29	0,32
1997	5,76	0,26	0,28
1998	3,20	0,25	0,26
1999	1,59	0,26	0,26
2000	3,83	0,26	0,27
2001	0,49	0,27	0,27
2002	11,92	0,24	0,27
2003	18,26	0,23	0,28

Quelle: BMZ 2005a

Schuldenstreichungen sind gegenüber den hochverschuldeten Entwicklungsländern dringend erforderlich und entwicklungspolitisch sinnvoll. Sie bedeuten aber nicht, dass diese Länder „frisches Geld“ erhalten. Steigt die Entwicklungshilfe allein durch die Anrechnung der Schuldenerlasse, fließt noch kein zusätzlicher Euro in den Süden. Zudem handelt es sich bei einem Schuldenerlass um eine einmalige Leistung. Die ODA steigt zwar im Jahr des Schuldenerlasses, sie fällt aber unter sonst gleichen Bedingungen im Jahr darauf auf den Stand des Vorjahres zurück. Eine strukturelle Erhöhung der ODA ist damit nicht verbunden.

Es ist zu erwarten, dass durch zusätzliche Schuldenerlasse, insbesondere gegenüber dem Irak, die deutsche ODA-Quote in den nächsten vier Jahren erheblich „geschönt" werden kann. Die im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerländer haben dem Irak am 21. November 2004 einen Schuldenerlass von insgesamt 80 Prozent gewährt. Der Erlass wird in drei Stufen wirksam: Die erste Stufe in Höhe von 30 Prozent ist an das IWF-Notprogramm (*Emergency Post Conflict Arrangement*) vom 29. September 2004 gebunden. Der Erlass wird 2005 wirksam. Die zweite Stufe, die einen weiteren Erlass von 30 Prozent vorsieht, ist an die Vereinbarung eines dreijährigen IWF-Programms (*„Stand By-Arrangement"*) gekoppelt, das 2005 in Kraft tritt. Der Erlass kann vermutlich 2006 auf die ODA angerechnet werden. Die dritte Erlassstufe in Höhe von 20 Prozent wird nach (erfolgreicher) Umsetzung des IWF-Programms 2008 erreicht.

Die Schulden des Irak beim Bund haben einem Gesamtumfang von 3,8 Milliarden Euro.[19] Ein 80-prozentiger Schuldenerlass hat somit einen Gesamtumfang von 3,04 Milliarden Euro, verteilt auf drei Raten von 1,14 Milliarden 1,14 Milliarden und 760 Millionen Euro. Wann die Erlasse auf die deutsche ODA im Einzelnen angerechnet werden, steht noch nicht endgültig fest. Es ist allerdings zu erwarten, dass der erste Teilerlass von 30 Prozent, der schon erfolgt ist, bereits 2005 ODA-wirksam wird. Mit anderen Worten: Die deutsche ODA erhöht sich durch den Erlass der Irak-Schulden im Jahr 2005 voraussichtlich um 1,14 Milliarden Euro – ohne dass ein zusätzlicher Euro Entwicklungshilfe fließt. Allein durch diese Erhöhung würde die deutsche ODA-Quote 2005 um 0,05 Prozentpunkte auf 0,33 Prozent steigen.

Das Beispiel der Irak-Entschuldung zeigt, wie notwendig es ist, nicht nur die absolute Höhe der ODA ins Visier zu nehmen, sondern auch ihre Zusammensetzung und Qualität zu analysieren.

4. Anspruch und Wirklichkeit: Die Fakten

Um zu bewerten, welchen Beitrag die deutsche Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Armut und Hunger und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele leistet, reicht nicht allein der Blick auf die Höhe der ODA. Entscheidend ist auch, in welche Länder und Sektoren die Mittel fließen, ob sie vorrangig für die Finanzierung von Programmen zur Ernährungssicherung und sozialen Grundversorgung (Basisgesundheitsdienste, Grundbildung, Wasserversorgung etc.) verwendet werden, und in welchem Umfang Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

In den für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zentralen Bereichen bilateraler Entwicklungspolitik Deutschlands ist der Trend 2005 überwiegend negativ.[20] Die Zusagen für den **Bildungsbereich** stagnieren im Jahr 2005 bei 82,5 Millionen Euro und lie-

19 Vgl. BMF (2005a).

20 Die folgenden Ausführungen basieren auf den „Vertraulichen Erläuterungen" des BMZ für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom September 2004, vgl. BMZ (2004a und 2004c).

gen damit weit unter dem Wert von 2003 (97 Millionen). Positiv ist allerdings, dass die Zusagen für den Bereich Grundbildung erheblich erhöht wurden. Im Jahr 2005 sind dafür 79,2 Millionen Euro eingeplant. Im Jahr davor waren es nur 25 Millionen Euro. Bei Maßnahmen im Bereich **Gesundheitswesen** setzte sich der Abwärtstrend des vergangenen Jahres fort. Die Rahmenplanung veranschlagt für 2005 82,5 Millionen Euro gegenüber 85,1 Millionen 2004 (Soll) und 153,80 Millionen 2003. Der weit überwiegende Teil der Mittel ist für die Bekämpfung von HIV/AIDS vorgesehen (69,2 Millionen Euro[21]). Insgesamt beziffert das BMZ den Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur AIDS-Bekämpfung mit rund 300 Millionen Euro pro Jahr.[22] In dieser Summe enthalten sind neben den bilateralen Mitteln der deutsche Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (2005: 82 Millionen Euro) sowie die anteiligen deutschen Beiträge für die AIDS-Bekämpfung von Weltbank und Europäischer Kommission.

Auch bei der **Wasserversorgung** sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung sinken die geplanten Zusagen erheblich. Sie liegen im Jahr 2005 nur noch bei 196,9 Millionen Euro gegenüber 345,05 Millionen Euro zwei Jahre zuvor.

Der Gesamtanteil der geplanten Zusagen für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, die für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele von besonderer Bedeutung sind, liegt 2005 bei 21,5 Prozent, und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1999 (s. Tabelle 3). Wie viele Mittel für Vorhaben zur Förderung der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter vorgesehen sind, lässt sich anhand der Zahlen des BMZ nicht nachvollziehen, da dieser Bereich nicht als gesonderter Schwerpunkt ausgewiesen wird. Den größten Einzelposten unter den zwölf Schwerpunktbereichen rot-grüner Entwicklungspolitik bildet 2005 demgegenüber der Bereich „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft" mit geplanten Zusagen in Höhe von 284,7 Millionen Euro (16,9 Prozent der Gesamtzusagen). Diese Fakten zeigen, dass die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit offensichtlich weiterhin keine höchste Priorität genießt.

Mit dem Argument, flexibler auf komplexe lang anhaltende Notlagen reagieren zu können, hat das BMZ im Bundeshaushaltsplan 2005 die Titel „Förderung von Ernährungssicherungsprogrammen" und „Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe" zu einem neuen Titel „Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe" zusammengefasst – und gleichzeitig reduziert. Während 2004 für die beiden Titel zusammen 90,5 Millionen Euro zur Verfügung standen, sind für den neuen Titel im Jahr 2005 nur noch 88,5 Millionen angesetzt. Für 2006 soll der Titel auf diesem Niveau eingefroren werden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn die geplanten Entwicklungshilfezusagen für das Jahr 2005 nach Empfängerländern aufgeschlüsselt werden. Insgesamt werden in der Rahmen-

21 Etwa 40 Prozent dieser Summe stammt allerdings nicht aus dem Topf „Gesundheit" sondern dem so genannten „Gestaltungsspielraum". Dieser Spielraum ist für die Umsetzung von Maßnahmen außerhalb der mit dem jeweiligen Land vereinbarten Schwerpunkte vorgesehen; vgl. BMZ (2004a, S.10).

22 Vgl. z.B. BMGS/BMZ (2005), S.8.

planung des BMZ 2005 46 Länder berücksichtigt, darunter 13 der ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Countries – LDCs), 18 Länder der IDA-Kategorie (Pro-Kopf-Einkommen bis zu 1.445 US-Dollar pro Jahr) und 15 andere Entwicklungs- und Schwellenländer.[23] Für die LDCs sind 2005 Zusagen im Rahmen der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit im Umfang von 399 Millionen Euro. geplant. 2004 waren es 275 Millionen, 2003 428 Millionen Euro. Der Anteil an den regional zuzuordnenden Mitteln für die LDCs stieg dadurch gegenüber 2004 von 22,88 auf 33,66 Prozent. Ob diese Entwicklung einen dauerhaften Aufwärtstrend deutscher ODA zu Gunsten der ärmsten Länder einleitet, ist angesichts der starken Schwankungen (hauptsächlich aufgrund der Mehrjahreszusagen) ungewiss.

Der Anstieg der Mittel für die LDCs spiegelt sich auch in der Liste der Hauptempfängerländer deutscher Entwicklungshilfe wider. Während 2004 mit Uganda nur ein Land aus der Kategorie der LDCs unter den Top 10 war, sind es 2005 fünf Länder (s. Tabelle 9). Für Afghanistan sind im Jahr 2005 30 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen angesetzt. Dazu kommen weitere 30 Millionen an Barmitteln, die das BMZ an das Auswärtige Amt zur eigenen Bewirtschaftung für den Stabilitätspakt Afghanistan abführen muss. Darüber hinaus werden Afghanistan 2005 bis zu 20 Millionen Euro Barmittel als internationale Fondsverpflichtungen zur Verfügung gestellt. Zusammengenommen ist Afghanistan damit im Jahr 2005 der größte Netto-Empfänger deutscher Entwicklungshilfe.[24]

Relativ konstant blieb 2005 die regionale Aufteilung der geplanten Mittel. Den größten Regionalanteil hat weiterhin Afrika südlich der Sahara mit 30 Prozent der Mittel (vgl. Tabelle 4). Diese Größenordnung hat sich seit dem Jahr 2000 kaum verändert. Eine Prioritätenverschiebung in der deutschen Entwicklungspolitik zu Gunsten der Länder Afrikas lässt sich aus diesen Zahlen nicht ablesen.

Alles in allem zeigen die Zahlen 2005, dass die deutsche Entwicklungshilfe in Schlüsselbereichen der Armutsbekämpfung, insbesondere Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, auf niedrigem Niveau stagniert, zum Teil sogar sinkt. Positiv zu bewerten sind lediglich die erhöhten Zusagen im Bereich der Grundbildung und der Anstieg des Anteils der geplanten Mittel für die LDCs. Aber ob dies zu einer dauerhaften Erhöhung der deutschen ODA für die ärmsten Länder führt, ist ungewiss. Bis heute spiegelt die Schwerpunktsetzung des BMZ jedenfalls nicht die international eingegangene Verpflichtung der Bundesregierung wider, den Millenniumsentwicklungszielen und der Bekämpfung der extremen Armut oberste Priorität einzuräumen.

Der erfreuliche Aufwärtstrend der letzten Jahre bei der Förderung der Entwicklungsarbeit von NRO, Kirchen und Stiftungen durch das BMZ kommt im Jahr 2005 zum Stillstand. Für die Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und Institutionen sind in diesem Jahr, wie bereits im Vorjahr, rund 425 Millionen Euro vorgesehen. Davon entfallen

23 26 weitere Länder, darunter Ägypten, Vietnam und Bangladesch, erhielten 2004 Mehrjahreszusagen und werden daher 2005 nicht berücksichtigt.

24 Nicht berücksichtigt sind hier die Sondermittel für Länder Südostasiens infolge der Tsunami-Katastrophe. Näheres dazu in Kapitel 2.

auf private deutsche Träger 29 Millionen, auf die Kirchen 161 Millionen, auf politische Stiftungen 181 Millionen, auf den zivilen Friedensdienst 14,5 Millionen sowie auf die entwicklungspolitische Bildungsarbeit 10 Millionen Euro (vgl. Tabelle 6). Nach dem Haushaltsplan der rot-grünen Bundesregierung für das Jahr 2006 sind Mittel in fast unverändertem Umfang vorgesehen. Lediglich der Titel ziviler Friedensdienst wurde um 0,5 Millionen Euro reduziert.

Getrübt wird das Bild zusätzlich durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung im Rahmen der Globalen Minderausgabe (s.o.). Die auf das BMZ entfallenen Kürzungen in Höhe von 38,8 Millionen Euro erfolgten im Jahr 2004 vor allem zu Lasten der Mittel für NRO, Kirchen und Stiftungen. Angesichts der auch im Bundeshaushalt 2005 eingeplanten Globalen Minderausgabe, von der wiederum 38,8 Millionen Euro aus dem BMZ-Etat erbracht werden müssen, sind auch in diesem Jahr Kürzungen zu befürchten.

Die Bewertung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung – Ein Kommentar von Deutscher Welthungerhilfe und terre des hommes

Die vorige Bundesregierung hat im Jahr 2005 wichtige Weichenstellungen für die deutsche Entwicklungspolitik vollzogen. Von historischer Bedeutung war ihre Entscheidung, sich im Rahmen der EU auf einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance/ODA) festzulegen. Sie soll auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2010 und auf 0,7 Prozent bis 2015 erhöht werden. Damit kommt die Bundesregierung der Umsetzung ihrer international eingegangenen Verpflichtungen einen bedeutenden Schritt näher und erfüllt eine langjährige Forderung entwicklungspolitischer NRO. Der Stufenplan ist zunächst allerdings nicht mehr als eine politische Absichtserklärung. Entscheidend wird sein, ob diese Absichtserklärung von Bundesregierung und Bundestag nun Jahr für Jahr in die Tat umgesetzt wird.

Die Zahlen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 2004 und 2005 spiegeln den proklamierten Aufwärtstrend (noch) nicht wider. Mit 0,28 Prozent stagnierte der Anteil der deutschen ODA am Bruttonationaleinkommen 2004 auf niedrigem Niveau. Das nominale ODA-Wachstum hatte seine Ursache hauptsächlich im Anstieg des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar. Wechselkurs- und inflationsbereinigt sank die öffentliche Entwicklungshilfe Deutschlands im Jahr 2004 sogar um 0,4 Prozent.

Die zweiprozentige Aufstockung des BMZ-Etats 2005 ist ein positives Signal, reicht aber zur Verwirklichung des beschlossenen Stufenplans bei weitem nicht aus. Dies gilt umso mehr, wenn durch die angekündigte „Globale Minderausgabe“ die Hälfte dieses Anstiegs wieder zurückgenommen wird und nur noch magere 38 Millionen Euro zusätzlicher Mittel übrig bleiben.

Mit dem Bundeshaushalt 2006 und mit ihrer mittelfristigen Finanzplanung muss die neue Bundesregierung Farbe bekennen. Ist sie bereit, die international eingegangenen

Zusagen zu verwirklichen, muss sich dies dauerhaft im Etat des BMZ widerspiegeln. Die Entwürfe für den Bundeshaushalt 2006 und den Finanzplan des Bundes bis 2009 werden dieser Notwendigkeit nicht gerecht. Die Mittel des BMZ sollen zwar um 181 Millionen Euro steigen, davon sind aber 150 Millionen Euro Sondermittel zur Wiederaufbauhilfe nach dem Seebeben im Indischen Ozean. Rechnet man diese Mittel heraus, würde der BMZ-Etat 2006 lediglich um 31 Millionen Euro oder 0,8 Prozent steigen. Hier sind Nachbesserungen dringend erforderlich.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen ausdrücklich den Stufenplan der Bundesregierung zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,51 Prozent bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015. Um diesen Stufenplan in die Tat umzusetzen, muss die Bundesregierung den Etat des BMZ für das Jahr 2006 substantiell aufstocken. Außerdem muss sich die stufenweise Erhöhung auch in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung widerspiegeln.

Es ist zu erwarten, dass die deutsche ODA 2005 und in den darauf folgenden Jahren auch infolge erhöhter Schuldenerlasse steigt. Allein die Streichungen von 80 Prozent der Schulden des Irak erhöht die deutsche ODA in den kommenden Jahren um insgesamt 3,04 Milliarden Euro. So begrüßenswert und notwendig Schuldenstreichungen sind, sie dürfen die notwendige Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht ersetzen, sondern sollten zusätzlich erfolgen. Geschieht dies nicht, kommt es im Jahr nach der Entschuldung zu einem drastischen Einbruch der ODA-Leistungen.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern die Bundesregierung auf, die dringend notwendigen Schuldenerlasse zusätzlich zur Erhöhung der ODA zu gewähren. Die Bundesregierung sollte sich im Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD dafür einsetzen, dass öffentliche Entwicklungshilfe und Schuldenerlasse zukünftig gesondert ausgewiesen werden und Schuldenerlasse grundsätzlich nicht auf die ODA angerechnet werden können. Wie bereits 2002 im Monterrey-Konsens vereinbart, sollten Schuldenstreichungen nicht auf Kosten der ODA erfolgen.

Ein Schritt in die richtige Richtung war die Entscheidung beim G8-Gipfel in Gleneagles, die multilateralen Schulden von 18 der hochverschuldeten armen Entwicklungsländer (HIPC) bei IDA, IWF und ADB zu streichen. Der Schuldenerlass hat einen Nominalwert von 40 Milliarden US-Dollar, bezogen auf eine Laufzeit von 40 Jahren. Die 18 Länder sparen demnach effektiv eine Millarde US-Dollar im Jahr an Schuldendienstzahlungen. Zahlreiche andere hochverschuldete Länder wurden bei den Schuldenstreichungen der G8 dagegen nicht berücksichtigt. Aber auch sie benötigen einen 100-prozentigen Schuldenerlass, um die Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 noch verwirklichen zu können. Es ist umso bedauerlicher, dass Vorschläge der britischen Regierung für einen weitergehenden Schuldenerlass unter anderem von der Bundesregierung blockiert wurden.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen die Entscheidungen der G8 zur Streichung der multilateralen Schulden von 18 der hochverschuldeten armen

Länder bei IDA, IWF und ADB. Wie auch vom UN-Generalsekretär in seinem Bericht zum Millennium+5-Gipfel gefordert, muss Schuldentragfähigkeit künftig so definiert werden, dass ein Schuldnerland keinen Schuldendienst zu leisten hat, solange die Mittel zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele nicht gesichert sind. Dies erfordert weitere Schuldenstreichungen für zahlreiche hochverschuldete Entwicklungsländer. Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes kritisieren angesichts dieser Tatsache ausdrücklich, dass die Bundesregierung im Vorfeld des G8-Gipfels weitergehende Entschuldungsvorschläge der britischen Regierung abgelehnt hat, und fordern sie auf, diese Position zu revidieren.

Einen erfreulichen Wandel vollzog die Bundesregierung in ihrer Haltung zu innovativen Finanzierungsinstrumenten, insbesondere international koordinierten Steuern und Nutzungsentgelten. Demonstratives Zeichen für diesen Wandel war der Beitritt Deutschlands zur „Lula-Gruppe" von Brasilien, Frankreich, Chile und Spanien im Februar 2005. Gemeinsam mit der französischen Regierung schlug die Bundesregierung sowohl im Rahmen der G7-Finanzminister als auch der EU die Einführung einer Kerosinsteuer vor.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen ausdrücklich den Beitritt Deutschlands zur „Lula-Gruppe". Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie diese ersten Schritte nun gemeinsam mit gleichgesinnten Regierungen auf internationaler Ebene aktiv fortsetzt. Dies gilt insbesondere für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer und von Nutzungsentgelten zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes haben in ihrem jährlichen Bericht immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele eine Erhöhung der BMZ-Mittel für soziale Grunddienste und Ernährungssicherung zwingend erforderlich macht. Besorgnis erregend ist daher, dass in den für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zentralen Bereichen deutscher Entwicklungspolitik der Trend 2005 überwiegend negativ ist. Der Gesamtanteil der geplanten Zusagen (Verpflichtungsermächtigungen) für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, die für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele von besonderer Bedeutung sind, liegt 2005 bei 21,5 Prozent, und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1999. Positiv ist lediglich, dass die geplanten Zusagen für den Bereich Grundbildung erheblich erhöht wurden. Den größten Einzelposten unter den zwölf Schwerpunktbereichen rot-grüner Entwicklungspolitik bildete 2005 der Bereich „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft". Diese Schwerpunktsetzung zeigt, dass die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht die höchste Priorität genießt. Jedenfalls sprechen die Zahlen eine andere Sprache.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern die Bundesregierung auf, die Mittel zur Förderung der sozialen Grunddienste sowie der Ernährungssicherung im Haushalt des BMZ substantiell zu erhöhen.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verpflichtungsermächtigungen im Jahr 2005 für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) erheblich gestiegen. Der Anteil an den regional zuzuordnenden Mitteln für die LDCs stieg gegenüber 2004 von 22,88 auf 33,66 Prozent. Auf der „Top 10-Liste" der Hauptempfängerländer deutscher Entwicklungshilfe stehen im Jahr 2005 fünf LDCs, im Jahr zuvor war es nur ein Land. Ob diese Entwicklung einen dauerhaften Aufwärtstrend deutscher ODA zu Gunsten der ärmsten Länder einleitet, ist angesichts der starken Schwankungen (hauptsächlich aufgrund der Mehrjahreszusagen) allerdings ungewiss.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes rufen die Bundesregierung auf, den Aufwärtstrend in den geplanten Finanzzusagen für die ärmsten Länder (LDCs) zu verstetigen und den Anteil dieser Ländergruppe an der Mittelvergabe des BMZ dauerhaft zu erhöhen.

Positiv zu bewerten war in den vergangenen Jahren die Erhöhung der Mittel des BMZ für Vorhaben privater Träger, denn deren Projekte sind angesichts ihres partizipatorischen Charakters und der Nähe zu den Betroffenen für die Armutsbekämpfung von besonderer Bedeutung. In Deutschland tragen ihre Aktivitäten im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit dazu bei, die dringend benötigte Akzeptanz der Entwicklungszusammenarbeit in der breiteren Öffentlichkeit zu erhöhen. Umso enttäuschender ist es, dass die Mittel des BMZ für Vorhaben von NRO, Kirchen und Stiftungen seit dem Jahr 2004 stagnieren und ihr Anteil am BMZ-Etat damit wieder sinkt.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes bedauern, dass die Mittel für NRO, Kirchen und Stiftungen nach dem Entwurf des BMZ-Haushalts für 2006 auf dem Niveau des Vorjahres eingefroren werden sollen und ihr Anteil am BMZ-Etat damit sinken würde. Sie fordern Bundesregierung und Bundestag auf, diesen Trend umzukehren und vor allem die Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu erhöhen.

Die Gipfeltreffen des Jahres 2005 haben zu einer bislang einmaligen Mobilisierung von Öffentlichkeit und Politik für die Ziele der Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung geführt: von den weltweiten Live8-Konzerten bis hin zum globalen Aktionsbündnis gegen Armut. Die eindrucksvolle Hilfsbereitschaft und Solidarität der deutschen Bevölkerung nach der Flutkatastrophe im Indischen Ozean hat zusätzlich demonstriert, dass eine größere Unterstützung für die Menschen im Süden möglich ist – trotz knapper Kassen und sozialer Probleme im eigenen Land.

Im Vorfeld der Gipfel von G8 und UN haben sich über Jahre erstarrte politische Positionen mit einer Dynamik verändert, die noch vor einem Jahr kaum für möglich

gehalten wurde. Das gilt auch für die Bundesregierung. Einen verbindlichen Zeitplan zur Verwirklichung des 0,7-Prozent-Ziels hat sie jahrelang abgelehnt – nun wurde er realisiert; internationale Steuern waren für Kanzler und Finanzminister bis vor kurzem tabu – nun unterstützten sie öffentlich ihre Einführung. Auch wenn nicht alle Forderungen der NRO erfüllt wurden: Die Gipfel von G8 und UN brachten politisch eine Reihe von Fortschritten, die nun ohne Verzug in die Tat umgesetzt werden müssen. Denn kritisch bleibt, dass die Zusagen erst ab 2010 gelten sollen!

Die neue Bundesregierung muss unter Beweis stellen, dass sie dazu bereit ist. Sie muss das entwicklungspolitische Engagement der Millionen von Menschen, die sich nach der Tsunami-Katastrophe und im Vorfeld des UN-Gipfels der weltweiten Aktion gegen Armut angeschlossen haben, ernst nehmen. Sie muss der Entwicklungspolitik einen weiter wachsenden Stellenwert beimessen. Und sie muss in den nächsten Jahren die entwicklungspolitischen Verpflichtungen erfüllen, die sie im Rahmen der EU und der UN im Jahr 2005 eingegangen ist. Eine Rückkehr zum *business as usual* wäre fatal - sowohl für das internationale Renommee Deutschlands, als auch für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele – und damit für die Millionen von Menschen, die weiterhin in Hunger und Armut leben. Die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes sehen es als ihre Aufgabe an, gegenüber der Bundesregierung auch zukünftig eine glaubwürdige Politik im Interesse dieser Menschen einzufordern.

Literatur

ActionAid/Jubilee Debt Campaign/Christian Aid (2005): In the Balance. Why Debts must be Cancelled Now to Meet the Millennium Development Goals. London.

BMF (2005): Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2006 (Kabinettsvorlage 13.7.2005). Berlin.

BMF (2005a): Forderungen des Bundes gegenüber dem Ausland. Stand: 31.12.2004. Berlin.

BMF (2004): Bundeshaushaltsplan 2005. Berlin.

BMGS/BMZ (2005): HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie der Bundesregierung. Berlin/Bonn (Juli).

BMZ (2005a): Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion „Realisierbarkeit einer ODA-Quote von 0,33 % des Bruttonationaleinkommens bis 2006" (BT-Drucksache 15/4453) vom 04.01.2005. Bonn.

BMZ (2004a): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2005 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn (September).

BMZ (2004b): Soll-Ist-Vergleich 2003 zu Kapitel 2302 Titel 86601 und 89603. Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn (September).

BMZ (2004c): Vertrauliche Erläuterungen 2005 zu Kapitel 2302, Titel 86601 und 89603. Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn (September).

BMZ (2003): Deutsches Positionspapier. Für eine qualitative Veränderung der Mitsprachemöglichkeiten in der Weltbank. Bonn (September).

Commission of the European Communities (2005): Communication from the Commission to the Councils and the European Parliament. Accelerating progress towards attaining the Millennium Development Goals – Financing for Development and Aid Effectivness. COM(2005) 133 final. Brussels: European Commission.

Deutscher Bundestag (2005): Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2015 beschleunigt verwirklichen – Den deutschen Beitrag zur Zielerreichung entschieden verstärken. Antrag der Abgeordneten Karin Kortmann et al. und der Abgeordneten Thilo Hoppe et al.. Berlin (Drucksache 15/5831 vom 29.6.2005).

Eichel, Hans (2005): Statement by Mr. Hans Eichel, Minister of Finance of the Federal Republic of Germany. International Monetary and Finance Committee, Eleventh Meeting, April 16, 2005. Washington, D.C.: IMF.

G8 (2005): The Gleneagles Communiqué. Gleneagles. (http://www.fco.gov.uk/Files/kfile/PostG8_Gleneagles_Communique.pdf, gel. am 10.7.2005)

Martens, Jens (2005): Report of the UN Millennium Project "Investing in Development". Berlin: Friedrich-Ebert-Foundation. (Briefing Paper).

OECD (2005): Development Co-operation 2004 Report. Paris.

UN Millennium Project (2005): Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York: UNDP.

UN Secretary-General (2005): In larger freedom: towards development, security and human rights for all. New York: UN (UN Dok. A/59/2005 vom 21. März 2005) (dt.: „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle").

Tabelle 1: Grunddaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (in Mio. € bzw. in Prozent)

	1990	1999	2000	2001	2002	2003	2004 Verfügbares Soll	2005 Soll	2005 Verfügbares Soll	2006 Plan
Bundeshaushalt: Einzelplan 23 (Haushalt BMZ)	4.067	3.997	3.675	3.790	3.759	3.756	3.744	3.859	3.820	4.040
% des Bundesetats	1,8	1,62	1,50	1,56	1,57	1,46	1,47	1,52	1,51	1,58
Anteil multilateraler Ausgaben inkl. EU		32,5	32,3	33,1	33,5	32,5	34,4	34,9	35,3	36,2
Nur buchhalterisch: Einnahmen des BMZ, v.a. aus Schuldendienst FZ (1)	595	891	809	796	791	720	709	696	696	657
Gewährleistungsplafonds für Verbund-finanzierungen (2)	(0)	1.400	1.500	1.600	1.740	1.860	2.000	*	*	*
Personal im BMZ (Planstellen gemäß Bundeshaushalt)	541	551	561,5	555,8	603,3	606,9	600,5	597,3	597,3	594,3
ODA-Leistungen (3)	5.222	5.177	5.458	5.571	5.650	6.005	6.034			
ODA-Quote (4)	0,41	0,26	0,27	0,27	0,27	0,28	0,28			
Multilateraler Anteil an ODA inkl. EU		40,7	46,6	42,8	37,5	40,2	47,4			

Quellen: Zahlen bis 2004: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2004; Zahlen 2005-2006; Bundeshaushaltsplan 2005 und 2006 (Einzelplan 23) und OECD 2005.

***** Zahlen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor.

(1) Über die **Einnahmen** des BMZ aus Schuldendienst verfügt der Finanz-, nicht der Fachminister.

(2) **Gewährleistung:** Ein entwicklungsrelevantes Vorhaben der deutschen Wirtschaft kann durch die KfW in einem Gesamtpaket finanziert werden, das aus den zwei Komponenten FZ-Mittel und Mittel zu marktüblichen Bedingungen besteht. Die KfW ist durch das Haushaltsgesetz (§3, Abs.1, Nr.3) ermächtigt, für diese Marktmittel eine Gewährleistung (Bürgschaft) zu übernehmen. Die im Rahmen der Verbundfinanzierung gemischten Darlehen genügen den DAC-Kriterien für die Annerkennung als ODA, so dass durch sie auch die ODA-Quote erhöht wird.

(3) **ODA-Leistungen:** ***O****fficial* ***D****evelopment* ***A****ssistance (ODA)* ist die Summe der öffentlichen finanziellen Leistungen an Entwicklungsländer, die vom ***D****evelopment* ***A****ssistance* ***C****ommittee (DAC)* der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt worden sind. Zahl für 2004 vorläufig.

(4) **ODA-Quote** ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum Bruttonationaleinkommen (BNE), das seit 1998 international an die Stelle des Bruttosozialprodukts (BSP) getreten ist. Die Berechnungen von BNE und BSP sind *fast* identisch.

Tabelle 2:
Öffentliche EZ (ODA) aller DAC-Länder

(Rangfolge 2003, da Zahlen zu 2004 vorläufig) in Mio. US-Dollar (!)

	2000	2001	2002	2003	2004 vorläufig	2004 (zu Preisen und Wechselkursen von 2003)
1. USA	9.955	11.429	13.290	16.320	18.999	18.618
2. Japan	13.508	9.847	9.283	8.880	8.859	8.454
3. Frankreich	4.105	4.198	5.486	7.253	8.475	7.565
4. Deutschland	**5.030**	**4.990**	**5.324**	**6.784**	**7.497**	**6.755**
5. Großbritannien	4.501	4.579	4.924	6.282	7.836	6.838
6. Niederlande	3.135	3.172	3.338	3.981	4.235	3.822
7. Italien	1.376	1.627	2.332	2.433	2.484	2.197
8. Schweden	1.799	1.666	1.991	2.400	2.704	2.434
9. Norwegen	1.264	1.346	1.696	2.042	2.200	1.983
10. Kanada	1.744	1.533	2.006	2.031	2.537	2.278
11. Spanien	1.195	1.737	1.712	1.961	2.547	2.246
12. Belgien	820	867	1.072	1.853	1.452	1.291
13. Dänemark	1.664	1.634	1.643	1.748	2.025	1.809
14. Schweiz	890	908	939	1.299	1.379	1.261
15. Australien	987	873	989	1.219	1.465	1.247
16. Finnland	371	389	462	558	655	591
17. Österreich	440	533	520	505	691	616
18. Irland	234	287	398	504	586	515
19. Griechenland	226	202	276	362	464	410
20. Portugal	271	268	323	320	1.028	919
21. Luxemburg	123	139	147	194	241	214
22. Neuseeland	113	112	122	165	210	179
DAC-Länder insgesamt	53.749	52.335	58.274	69.094	78.568	72.241
darunter 15 EU-Länder insgesamt	25.289	26.288	29.949	37.139	42.919	38.221

Quellen: Zahlen 2000-2001: OECD 2004, Zahlen 2002: OECD Pressemitteilung 16.4.2004; Zahlen 2003-2004: OECD Pressemitteilung 11.4.2005.

Da die ODA-*Leistungen* in Landeswährung erbracht, in der DAC-Liste aber in US-Dollar aufgeführt werden, können sich größere Wechselkursschwankungen stark auswirken. So ist der ODA-Rückgang Japans u.a. auf die Kursverluste des Yen gegenüber dem Dollar zurückzuführen. Umgekehrt hat die Erhöhung der ODA vieler EU-Länder (z.B. Deutschlands) zwischen 2002 auf 2004 seine Ursache hauptsächlich im Kursanstieg des Euro gegenüber dem Dollar. Die preis- und wechselkursbereinigten Daten (letzte Spalte) fallen für diese Länder entsprechend niedriger aus. Auf die ODA-*Quote* hat dies keinen Einfluss, wenn das Bruttonationaleinkommen zum selben Kurs umgerechnet wird wie die EZ-Leistungen.

Tabelle 3:
Sektorale und übersektorale Aufteilung der bilateralen EZ

(FZ+TZ Verpflichtungsermächtigungen in Mio. € und in Prozent der gesamten FZ und TZ)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 Soll*	2005 Soll
Sektoren							
Bildung	118,7 8,5%	106,7 7,8%	136,6 8,4%	96,1 6,2%	97,00 6,0%	82,45 4,9%	82,50 4,9%
(darunter Grundbildung)	*55,1* *(3,9%)*	*36,0* *(2,6%)*	*(62,2)* *(3,8%)*	*44,9* *(2,9%)*	*54,2* *(3,4%)*	*25,0* *(1,5%)*	79,2 (4,7%)
Gesundheitswesen	102,9 7,34%	66,2 7,8%	140,4 8,6%	92,4 6,0%	153,80 9,5%	85,10 5,1%	82,5 4,9%
(darunter Familienplanung/ Bevölkerungspolitik, Aidsbekämpfung)	*56,5* *(4,0%)*	*72,4* *(5,3%)*	*87,5* *(5,4%)*	*63,8* *(4,1%)*	*91,21* *(5,6%)*	*79,0* *(4,7%)*	a
Wasserver- und Abwasserentsorgung	278,3 19,9%	247,8 18,2%	315,5 19,3%	300,6 19,5%	289,98 17,9%	266,75 15,9%	196,9 11,7%
Andere	10,3%	8,8%	10,8%	10,9%	13,5%	11,4%	a
Gesamtsumme Soziale Infrastruktur und Dienste	642,8 46,0%	578,1 42,4%	769,1 47,2%	656,7 42,6%	758,33 46,9%	625,20 37,2%	a
Bezugsgröße: Gesamt FZ & TZ	1.397,4	1.363,7	1.631,0	1.568,9	1.670	1.680	1.680
Übersektoral							
Armutsorientierung	757,9 54,2%	753,5 55,3%	886,4 54,4%	936,3 60,7%	1.534,42 94,9%	1.193,0 71,01%	a
(darunter: Selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung)	*369,1* *(13,5%)*	-	*211,4* *(13,0%)*	*240,6* *(15,6%)*	*307,93* *(19,05%)*	-	-

Quellen: Zahlen 1999-2002: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2004; Zahlen 2003: BMZ (2004): Soll-Ist-Vergleich 2003 zu Kapitel 2302 Titel 866 01 und 896 03, Bilaterale und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2004: BMZ (2003): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2004 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2005: BMZ (2004): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2005 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ.

a Infolge einer Änderung in der Systematik der Rahmenplanung 2005 wurden diese Zahlen nicht mehr gesondert ausgewiesen.

***** Die Ist-Zahlen für 2004 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tabelle 4:
Regionale Verteilung der bilateralen FZ und TZ

(Verpflichtungsermächtigungen in Mio. € und in Prozent der gesamten regional aufteilbaren FZ- und TZ)

Förderregion	1999	2000	2001	2002	2003	2004 Soll*	2005 Soll
Mittelmeerraum/ Naher und Mittlerer Osten	290,3	287,7	231,9	298,9	265,2	261,0	226,0
	21,4%	21,9%	14,7%	19,9%	16,9%	18,2%	15,6%
Afrika südlich der Sahara	342,2	394,5	459,4	416,0	446,3	418,0	433,5
	25,2%	30,0%	29,2%	27,7%	28,4%	29,1%	30,0%
Lateinamerika	237,0	188,7	232,2	184,0	167,2	151,0	166,5
	17,5%	14,3%	14,8%	12,3%	10,6%	10,5%	11,5%
Mittel- und Südosteuropa und ehemalige Sowjetunion; seit 2002: Südosteuropa, Zentralasien, Südkaukasus (1)	140,8	76,7	258,1	239,7	255,5	244,5	231,5
	10,4%	5,8%	16,4%	16,0%	16,5%	17,0%	16,0%
Ost-/Südasien und Ozeanien	355,4	368,3	392,5	360,9	437,2	362,0	389,0
	25,5%	28,0%	24,9%	24,1%	27,8%	25,2%	26,9%
Regional aufteilbare FZ- und TZ	1.356	1.316	1.574	1.500	1.571	1.437	1.447

Quellen: Zahlen 1999-2002: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2004; Zahlen 2003: BMZ (2004): Soll-Ist-Vergleich 2003 zu Kapitel 2302 Titel 866 01 und 896 03, Bilaterale und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2004: BMZ (2003): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2004 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2005: BMZ (2004): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2005 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ.

***** Die Ist-Zahlen für 2004 sowie genaue Planungszahlen für 2006 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

(1) Bis einschließlich 2000 sind unter „Mittel- und Südosteuropa und ehemalige Sowjetunion" nur FZ-Mittel aufgelistet; die der TZ entsprechenden Mittel wurden unter der „NRO-Titelgruppe 687" aufgeführt (687 12), erst ab 2001 hier unter TZ. Daraus erklärt sich überwiegend der große Sprung seit 2001. Die Zahl 2003 enthält 2 Mio. Euro TZ-Mittel für andere europäische Länder.

Tabelle 5:
Zusagerahmen für die bilaterale FZ und TZ an die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder (LDC)

	Bezugsgröße FZ+TZ (Mio. €)	davon an LDC (Mio. €)	davon an LDC (prozentual)
1996	1.913	457,2	23,9%
1997	1.642	321,1	19,6%
1998	1.535	436,1	28,4%
1999	1.335	284,8	21,3%
2000	1.316	371,6	28,7%
2001	1.510	400,3	26,5%
2002	1.432	385,1	26,9%
2003	1.500	465,2	31.0%
2004 Soll*	1.201,9	274,95	22,9%
2005 Soll	1.184,5	399,0	33,7%

Quellen: Zahlen 1996-2002: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2004; Zahlen 2003: BMZ (2004): Soll-Ist-Vergleich 2003 zu Kapitel 2302 Titel 866 01 und 896 03, Bilaterale und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2004: BMZ (2003): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2004 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ; Zahlen 2005: BMZ (2004): Informationsvermerk für den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2005 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn: BMZ.

***** Die Ist-Zahlen für 2004 sowie genaue Planungszahlen für 2006 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tabelle 6:
Förderung der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Wirtschaft aus dem Einzelplan 23

(in Tausend €)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 Soll	2006 Plan
Entwicklungspolitische Bildung (Titel 684 01)	2.942 (0,75%)	3.573 (0,85%)	5.197 (1,25%)	8.270 (1,86%)	9.347 (2,12%)	10.000 (2,16%)	10.000 (2,16%)
Ziviler Friedensdienst (Titel 687 02)	5.307 (1,37%)	7.566 (1,79%)	10.942 (2,62%)	13.114 (2,95%)	13.617 (3,08%)	14.500 (3,13%)	14.000 (3,03%)
Förderung der Sozialstruktur (Titel 687 03)	17.341 (4,43%)	18.960 (4,48%)	22.750 (5,45%)	28.099 (6,31%)	28.168 (6,38%)	29.650 (6,40%)	29.650 (6,41%)
Politische Stiftungen (Titel 687 04)	148.234 (37,86%)	149.803 (35,43%)	164.390 (39,39%)	177.700 (39,93%)	171.950 (38,93%)	181.000 (39,07%)	181.000 (39,11%)
Vorhaben privater Träger (Titel 687 06)	16.704 ((4,27%)	18.848 (4,46%)	23.314 (5,59%)	25.378 (5,70%)	27.005 (6,11%)	29.000 (6,26%)	29.000 (6,27%)
Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft (Titel 687 11)	8.189 (2,09%)	18.578 (4,39%)	35.884 (8,60%)	34.460 (7,74%)	36.571 (8,28%)	38.000 (8,20%)	38.000 (8,21%)
Vorhaben der Kirchen (Titel 896 04)	140.605 (35,91%)	144.184 (34,11%)	154.830 (37,10%)	158.038 (35,51%)	155.077 (35,11%)	161.135 (34,78%)	161.135 (34,82%)
Gesamt	391.554	422.761	417.307	445.059	441.735	463.285	462.785

Quellen: Zahlen 2000-2003: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2004; Zahlen 2004-2006: Bundeshaushaltsplan 2006.

Tabelle 7: Akzentsetzungen in der deutschen Entwicklungspolitik 1991-2005

Auswahl auf Basis der bisherigen Berichte zur „Wirklichkeit der Entwicklungshilfe" seit 1993

1991	Das BMZ führt fünf Kriterien für die Vergabe von EZ-Mitteln ein: Menschenrechte, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, soziale und marktorientierte Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung der Regierung.
1992	Im Kontext der Rio-Konferenz: wird Umweltschutz verstärkt Thema der EZ; Beiträge zur Global Environment Facility (GEF), Umwandlung von FZ-Schulden für Maßnahmen des Umweltschutzes.
1993	Verstärkte Hilfsmaßnahmen für Transformationsländer in Osteuropa.
1994/95	Kopenhagen-Prozess: Verhaltene Unterstützung für 20/20-Initiative; Armutsbekämpfung als zentrales Thema deutscher EZ bekräftigt. Ausweitung der FZ-Schuldenumwandlungen zugunsten von Vorhaben zur Armutsbekämpfung. In Folge der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking wird „Gender Mainstreaming" in der deutschen EZ als Prinzip verankert.
1996	Zögerliche Unterstützung für OECD/DAC-Ziele zur Armutsbekämpfung für 2015.
1998	Die ODA-Quote fällt auf 0,26 Prozent und damit auf den absoluten Tiefstand seit 1964 (1982 und 1983: 0,47 Prozent). Die neue rot-grüne Regierung will den Abwärtstrend umkehren. Sie will Entwicklungspolitik als „Globale Strukturpolitik" betreiben. Die BMZ-Ministerin erhält Sitz und Stimme im Bundessicherheitsrat.
1999	BMZ setzt sich auf dem G-7-Gipfel mit Erfolg für die Entschuldung der ärmsten Länder ein. Frei werdende Mittel sollen der Armutsbekämpfung dienen. BMZ verstärkt Maßnahmen zur Krisenprävention.
2000	Einschnitte im BMZ-Haushalt. BMZ wählt erstmals „Schwerpunktpartnerländer" und „Partnerländer" aus (s. Tabelle 8).
2001	Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung wird vom BMZ vorbereitet und vom Kabinett verabschiedet. Armutsbekämpfung wird zur „überwölbenden Aufgabe deutscher Entwicklungspolitik" erklärt. Nach dem 11. September erhält das BMZ die Verfügungsberechtigung über zusätzliche Mittel aus dem „Anti-Terror-Paket" im Einzelplan 60.
2002	Die „Anti-Terror-Mittel" werden für 2003 dem Einzelplan 23 zugeschlagen und führen trotz des ansonsten leicht gekürzten Ansatzes zu einer optischen Erhöhung des BMZ-Haushalts. Die Bundesregierung verpflichtet sich im März auf der EU-Konferenz in Barcelona (bestätigt in Monterrey), die deutsche ODA-Quote bis 2006 auf mindestens 0,33 Prozent zu erhöhen. Die Koalitionsvereinbarung bestätigt dieses Ziel und der Bundeskanzler bekräftigt es in seiner Regierungserklärung vom 29. Okt. 2002
2003	Der Sondertitel zum Aktionsprogramm 2015 wird im Haushaltsentwurf für 2004 aufgelöst und in die „Instrumententitel umgesetzt".
2004	BMZ und BMU veranstalten gemeinsam die Internationale Konferenz über erneuerbare Energien *(Renewables 2004)*. BMZ kündigt Sonderfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz an.
2005	Im Rahmen des Stufenplans der EU verpflichtet sich die Bundesregierung, die deutsche ODA bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommen zu erhöhen. In Folge der Tsunami-Katastrophe im indischen Ozean stellt die Bundesregierung zusätzliche 500 Mio. Euro für die Jahre 2005-2009 bereit.

Tabelle 8: Kooperations- und Transformländer des BMZ

(Stand 2004)

	Schwerpunktpartnerland (Konzentration auf möglichst drei Schwerpunkte)	**Partnerland** (Konzentration auf möglichst einen Schwerpunkt)
Mittelmeer, Nah- und Mittelost	Ägypten, Jemen, Marokko, Palästinensische Gebiete	Algerien, Jordanien, Syrien, Tunesien
Europa	Türkei (bis voraussichtlich 2007/2008)	
Afrika südlich der Sahara	Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Ghana, Kamerun, Kenia, Malawi, Mali, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Senegal, Südafrika, Tansania, Uganda	Burundi, Elfenbeinküste, Eritrea, Guinea, Lesotho, Madagaskar, Mauretanien, Niger, Nigeria, Tschad
Asien und Ozeanien	Afghanistan, Bangladesch, China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Nepal, Pakistan, Philippinen, Vietnam	Laos, Mongolei, Sri Lanka, Thailand (bis voraussichtlich 2006), Ost-Timor
Lateinamerika	Bolivien, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Peru	Brasilien, Costa Rica, Chile, Dom. Republik, Ecuador, Guatemala, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Paraguay

TRANSFORM-Länder			
MOE/NUS	Kaukasus-Initiative	Georgien	Armenien, Aserbaidschan
	Zentralasien		Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan
	Sonstige	Russland, Weißrussland, Ukraine	
Stabilitätspakt Südosteuropa	Zeithorizont 10 Jahre	Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien (inklusive Kosovo) und Montenegro	
	5 Jahre	Bulgarien, Kroatien, Rumänien	
	Sonstige	Republik Moldau	

Quelle: BMZ: Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Bonn, Mai 2005.

In **Schwerpunktpartnerländern** kommt das gesamte entwicklungspolitische Instrumentarium in ausgewählten, möglichst nur drei, Schwerpunkten in nennenswertem Umfang zum Einsatz. Die Arbeit in **Partnerländern** konzentriert sich möglichst auf einen Schwerpunkt. Diese Aufteilung ist nicht als starr zu begreifen. Für die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, die so genannten **TRANSFORM-Länder**, hat das BMZ eine eigene Konzeption („TRANSFORM-Programm") verabschiedet.

Tabelle 9:
Die 10 Hauptempfänger deutscher bilateraler EZ, Rahmenplanung 2005

(FZ- plus TZ-Zusagen, Soll-Werte in Mio €)

Land		FZ	TZ	Summe
1	Äthiopien	48,00	21,00	69,00
2	China	50,00	18,00	68,00
3	Indien	48,00	16,50	64,50
4	Burkina Faso	42,50	11,50	54,00
4	Serbien/Montenegro	41,00	13,00	54,00
6	Indonesien*	22,50	14,00	36,50
7	Jemen*	24,00	10,00	34,00
8	Sri Lanka	15,00	16,00	31,00
9	Afghanistan[1]	21,00	9,00	30,00
10	Mosambik*	17,50	10,75	28,25

Quelle: BMZ (2004): Vertrauliche Erläuterungen 2005 zu Kapitel 2302, Titel 86601 und 89603 Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Bonn, September.

* Zweijahreszusage (aufgelistet sind 50 Prozent der Zusage)

[1] Zusätzlich werden 2005 für Afghanistan 30 Mio. € als Barmittel dem Auswärtigen Amt zugewiesen. Darüber hinaus werden bis zu 20 Mio. Euro als internationale Fondsverpflichtungen für Afghanistan zur Verfügung gestellt.

Kapitel 2

1. Einleitung

Am 26. Dezember 2004 ereignete sich im Indischen Ozean eine der größten Naturkatastrophen seit Menschengedenken. Das schwere Seebeben vor der Küste Indonesiens und die darauf folgende Flutwelle (Tsunami) rissen über 230.000 Menschen in den Tod, zerstörten ganze Küstenstreifen und machten weit über eine Million Menschen obdachlos. Die ökonomischen Schäden für die Region sind immens: Allein für die Länder Indien, Indonesien, Sri Lanka, die Malediven und Thailand werden die Kosten des Wiederaufbaus auf über 10 Milliarden US-Dollar geschätzt.[25] Unmittelbar nach der Katastrophe richteten die Vereinten Nationen einen dramatischen Hilfsappell *(„Flash Appeal")* an die globale Öffentlichkeit: Um die schlimmste Not zu lindern, wurden für die ersten sechs Monate Soforthilfemittel in Höhe von rund einer Milliarde US-Dollar benötigt.

Auf die Welle der Zerstörung folgte eine bislang einmalige Welle der Hilfsbereitschaft. Millionen von Menschen in aller Welt folgten den Aufrufen von NRO und Medien und spendeten für die Tsunami-Opfer. Auch zahlreiche Privatunternehmen und Wirtschaftsverbände beteiligten sich an den Spendenaktionen. Regierungen und internationale Organisationen versprachen zusätzliche Entwicklungshilfemittel, um sowohl die Soforthilfe als auch die längerfristige Wiederaufbauhilfe in ausreichendem Umfang zu finanzieren. Bis September 2005 summierten sich ihre Zahlungszusagen auf 7,1 Milliarden US-Dollar, die privaten Spenden erreichten ein Rekordniveau von weltweit mehr als vier Milliarden US-Dollar. In Deutschland spendete die Bevölkerung mehr als 600 Millionen Euro, die Bundesregierung sagte für den Zeitraum 2005 bis 2009 zusätzliche 500 Millionen Euro zur Unterstützung der betroffenen Regionen zu.

Dass die Tsunami-Katastrophe, im Gegensatz zu vielen anderen humanitären Notlagen, in Bevölkerung und Politik eine derartige Aufmerksamkeit erlangte, hat verschiedene Ursachen. Der offensichtlichste Grund ist sicher das immense Ausmaß der Zerstörung und die hohe Zahl der Opfer, die an nur einem Tag zu beklagen waren. Entscheidender Aspekt war daneben die Vermittlung der Katastrophe durch die Medien. Die Flutwelle bot spektakuläre Bilder, die Schicksale der Betroffenen lieferten das Material für bewegende *Stories*. Die Symbolik von der „Hölle im Urlaubsparadies" ließ sich wesentlich besser medial verwerten, als die Massaker im Sudan oder die Hungersnot in Gabun. Dass unter den Tsunami-Opfern auch zahlreiche ausländische Touristen waren, erhöhte in deren Heimatländern, nicht zuletzt in Deutschland, das *Mitleid* und die Identifikation mit den Betroffenen. Viele waren entweder selbst schon einmal in den südasiatischen Urlaubsgebieten oder kannten zumindest jemanden, der bereits dort war. Der Zeitpunkt der Katastrophe trug zusätzlich zu der exponierten Berichterstattung in den Medien bei. Denn zwischen Weihnachten und Neujahr ruhte das politische Alltagsgeschäft und die Nachrichtenkonkurrenz war entsprechend gering.

25 Vgl. World Bank (2005), S. 3 und BMZ (2005b), S. 2.

Schon bald nach der Flutwelle war in den Medien die Rede von der „Flut der Helfer", die über die Krisenregion hereingebrochen sei. Fehlende Erfahrung vor Ort, mangelnde Koordination. Kompetenzwirrwarr und konkurrierende Hilfskonzepte führten gelegentlich dazu, dass sich die Hilfe in ihr Gegenteil verkehrte. Hinzu kamen die ökonomischen Folgen der Katastrophe und der anschließenden Hilfsmaßnahmen, wie zum Teil drastische Preissteigerungen, durch die auch Bevölkerungsteile in Mitleidenschaft gezogen wurden, die vom eigentlichen Tsunami nicht betroffen waren. Erschwert wurde die Arbeit der Hilfsorganisationen durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Sri Lanka und der indonesischen Provinz Aceh. Im Kontrast zu den Bildern von den Helfern, die sich in Banda Aceh und anderen Zentren der Tsunami-Hilfe gegenseitig auf die Füße traten, standen Berichte der Vereinten Nationen über die zu schwerfällig anlaufende Hilfe und die Diskrepanz zwischen den spontanen Zahlungsversprechen der Regierungen unmittelbar nach der Katastrophe und den tatsächlichen Zahlungen, die in den darauf folgenden Monaten geflossen sind. Schließlich warf der Boom der Hilfe für die Länder Südostasiens die Frage auf, ob dies auf Kosten anderer Nothilfemaßnahmen sowie der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit geschähe.

Nachdem die Fernsehkameras ausgeschaltet worden sind, die meisten Journalisten die Krisengebiete wieder verlassen haben und die Phase der Soforthilfe abgeschlossen ist, ist es an der Zeit, eine erste Zwischenbilanz aus Sicht von beteiligten NRO zu ziehen. Wie groß war das Ausmaß der Schäden, wie hoch die versprochene und die tatsächlich geleistete Hilfe, und welche Folgen hatte sie für die Region? Handelt es sich bei der finanziellen Hilfe tatsächlich um „fresh money", oder wurden nur Gelder verschoben? Welche Auswirkungen hatte der Tsunami für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht? Und welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den bisherigen Erfahrungen für die Entwicklungspolitik der nächsten Bundesregierung?

Vom Tsunami besonders betroffene Gebiete Südasiens

2. Die Folgen des Tsunami: Ausmaß und internationale Reaktionen

2.1. Das Ausmaß der Katastrophe

Das Seebeben, das am 26. Dezember 2004 den Indischen Ozean erschütterte, war mit einer Stärke von 9,3 auf der Richterskala das zweitstärkste Beben, das jemals auf der Erde gemessen wurde. Entsprechend zerstörerisch war seine Wirkung. Die von ihm ausgelöste Flutwelle erreichte mit voller Wucht die Küsten von Indonesien, Sri Lanka, Indien, Thailand und den Malediven. Betroffen waren aber auch Teile von Malaysia, Myanmar (Birma), die Seychellen und sogar einige Orte an der Ostküste Afrikas, vor allem in Somalia.

Am schlimmsten traf es die Provinz **Aceh** auf der indonesischen Insel Sumatra. Dort starben nach Regierungsangaben etwa 131.000 Menschen, 534.000 wurden obdachlos. Hier wie anderswo waren Frauen besonders betroffen. Im Juni 2005 galten noch immer 37.000 Menschen als vermisst. Die Gesamtschäden werden auf 4,7 Milliarden US-Dollar geschätzt, die Kosten des Wiederaufbaus auf sechs Milliarden US-Dollar.[26] Von der Katastrophe besonders betroffen ist die Fischerei der Region sowie Gebäude und die Verkehrsinfrastruktur. Ein Nachbeben vor der Küste Nordsumatras richtete am 28. März 2005 weitere Schäden an. Auf den Inseln Nias und Simenlue starben 905 Menschen, 106.000 wurden obdachlos. Erschwert wurde die Situation in Aceh durch die Konflikte zwischen der indonesischen Armee und der Unabhängigkeitsbewegung GAM (Gerakan Aceh Merdeka).[27]

Menschenrechtsorganisationen berichten seit den 1970er Jahren von schweren Übergriffen durch das Militär.[28] Dokumentiert sind Ermordungen, Folterungen, willkürliche Verhaftungen und die Zwangsinternierung in Lager. Mehr als 100.000 Männer und Frauen aus Aceh wurden vertrieben, Zehntausende kamen ums Leben. Die soziale Infrastruktur war auch schon vor der Flutwelle in einem desolaten Zustand. Allein im Jahr 2003 wurden 600 Schulen zerstört. Damals hatte die indonesische Regierung Aceh unter Militärverwaltung gestellt und für Ausländer gesperrt, die Provinz war seitdem faktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Die Presse und internationale Hilfsorganisationen haben erst seit der Katastrophe wieder freieren Zugang in die Provinz.

Vor diesem Hintergrund appellierte das NRO-Bündnis „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!“[29] im Januar 2005 an die Bundesregierung, gegenüber der indonesischen Regierung darauf zu drängen, die Flutopfer in der Provinz Aceh nicht in großen zentralen Auffanglagern unterzubringen. Die indonesische Regierung plante allein für die Region Banda Aceh drei große Camps für 100.000 Menschen, die dort bis zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer untergebracht werden sollen. Das Bündnis erklärte damals:

---

26 Die Wiederaufbaukosten werden nach Weltbankangaben grundsätzlich höher veranschlagt als die Schäden, weil beim Wiederaufbau u. a. höhere Bau- und Umweltstandards berücksichtigt werden sollen.

27 Vgl. zum Aceh-Konflikt, seinen Hintergründen und den Konsequenzen für die internationale Nothilfe Kievelitz (2005).

28 Vgl. z.B. Human Rights First (2005).

29 Das Bündnis „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!“ ist ein Zusammenschluss der Hilfswerke „Brot für die Welt“, Deutsche Welthungerhilfe, medico international, Misereor und terre des hommes.

„Das Anlegen der großen Lager ist Teil der Strategie des indonesischen Militärs, die Kontrolle über die Zivilbevölkerung in Banda Aceh aufrechtzuerhalten Die Wiederaufbauhilfe in der Region wird so mit der indonesischen Strategie verknüpft, die Gewalt über die Menschen in der Region zu sichern. Wir drängen darauf, dass die Hilfe für die Menschen dezentral organisiert wird und nicht unter der Kontrolle des indonesischen Militärs steht." [30]

Der Appell blieb wirkungslos. Die Lager wurden, zum Teil mit internationaler Hilfe, errichtet. In den Monaten nach der Tsunami-Katastrophe wurden auch ausländische NRO immer wieder vom indonesischen Militär in ihrer Arbeit behindert, insbesondere in den entlegeneren Gebieten der Provinz Aceh. Als positives Signal werteten NRO die Aufhebung des Ausnahmezustands durch die indonesische Regierung am 19. Mai 2005, den sie ein Jahr vorher über die Region verhängt hatte.[31] Am 15. August unterzeichneten die indonesische Regierung und die GAM unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Präsidenten Ahtisaari ein Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg in der Region beenden soll. Es sieht die Entwaffnung der Rebellen, den stufenweisen Rückzug der indonesischen Armee sowie für März 2006 Regionalwahlen vor, bei denen auch ehemalige Guerillakämpfer kandidieren dürfen. Die EU unterstützt den Friedensprozess mit einer internationalen Beobachtermission. Ob diesen Schritten eine tatsächliche Verbesserung der Menschenrechtssituation folgt, hängt vom weiteren Verlauf des Friedensprozesses ab.

In **Sri Lanka** wird die Zahl der Toten und Vermissten mit 38.940 angegeben. Etwa 547.000 Menschen wurden obdachlos. Die Gesamtschäden werden vom BMZ mit rund 2,7 Milliarden US-Dollar beziffert.[32] Besonders betroffene Wirtschaftssektoren sind der Tourismus und die Fischerei. Auch in Sri Lanka werden die Nothilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen beeinträchtigt von internen Konflikten. Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen zwischen der tamilischen Separatistenbewegung LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) und der Zentralregierung in Colombo. Die LTTE hat wiederholt beklagt, dass die von ihr kontrollierten Gebiete im Nordosten der Insel bei der Versorgung mit Hilfsgütern vernachlässigt würden.[33] Viele Geberregierungen, darunter auch die Bundesregierung, haben ihre finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau von der gerechten Verteilung der Mittel und der Einrichtung eines „Gemeinsamen Entscheidungsmechanismus" (*Joint Mechanism*) abhängig gemacht, an dem auch die tamilischen und muslimischen Minderheiten des Landes beteiligt werden. Im Juni 2005 hat die Präsidentin Sri Lankas Chandrika Kumaratunga angekündigt, der LTTE im Rahmen der so genannten „Post-Tsunami Operational Management Structure" ein Mitspracherecht über die Verwendung der Wiederaufbaumittel einzuräumen. Dies führte zum Austritt der nationalistisch-singhalesischen JVP aus der Regierung und damit zum Bruch der herrschenden Koalition. Die Bundesentwicklungsministerin wertete die Entscheidung der Präsidentin Sri Lankas dennoch als „positives

30 Pressemitteilung des Bündnisses „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!" vom 14. Januar 2005.

31 Vgl. Pressemitteilung der Deutschen Welthungerhilfe vom 19. Mai 2005 („Positive Signale aus Jakarta").

32 BMZ (2005a), S.1.

33 Vgl. dazu Reese (2005), S. 9f.

Zeichen" und forderte, dass die Tamilen-Gebiete bei der Wiederaufbauarbeit nicht länger benachteiligt werden dürften.[34] Einen schweren Rückschlag erlitten diese Bemühungen durch das tödliche Attentat auf Sri Lankas Außenminister Lakshman Kadirgamar im August 2005. Die Regierung verhängte daraufhin den Ausnahmezustand. Die Behörden verdächtigen die LTTE, den Anschlag verübt zu haben. Der seit drei Jahren währende Waffenstillstand zwischen der LTTE und der Regierung ist damit ernsthaft gefährdet.

In **Indien** gibt die Regierung die Zahl der Todesopfer mit 12.407, die der Vermissten mit 3.874 an. Die Schäden werden dort auf mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar geschätzt. Besonders betroffen sind die Fischerei und die Landwirtschaft in den südöstlichen Küstenregionen. In vielen Orten wurden Infrastruktur und Wohnhäuser zerstört. Massive Zerstörungen richtete der Tsunami auch auf den zu Indien gehörenden Inselgruppen Andamanen und Nikobaren an.

Besondere Beachtung in den internationalen Medien fanden die Auswirkungen der Flutkatastrophe in **Thailand.** Denn dort traf es vor allem die Touristengebiete um Phuket und Khao Lak. Viele ausländische Urlauber und Urlauberinnen waren hier unter den Opfern. Insgesamt wird die Zahl der Toten mit 5.395, die der Vermissten mit 2.817 angegeben. 58.552 wurden von der thailändischen Regierung als obdachlos registriert. Der wirtschaftliche Schaden, der vor allem in der Tourismusindustrie entstand, wird mit 1,3 Milliarden US-Dollar beziffert.

Schwerwiegende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft hatte die Flutwelle auf den **Malediven.** Zwar blieb die Zahl der Todesopfer mit 82 relativ gering, der wirtschaftliche Gesamtschaden ist aber gravierend: Er wird auf 400 Millionen US-Dollar, und damit auf 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Malediven, geschätzt. Weite Teile der Infrastruktur auf den Inseln wurden zerstört, der Tourismus und die Fischerei erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Abgesehen von den Malediven blieben die volkswirtschaftlichen Folgen des Tsunami für die betroffenen Länder relativ gering, denn die Schäden konzentrierten sich überwiegend auf ländliche Gebiete ohne ökonomisch bedeutende Industrien. In Indonesien war vor allem die Bürgerkriegsregion Aceh betroffen, deren Wirtschaftskraft schon vor der Katastrophe gering war. Die Weltbank schätzt, dass die Wachstumsverluste in Indien und Indonesien 2005 bei 0,2 Prozentpunkten liegen. In Sri Lanka wird sich das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr voraussichtlich von ursprünglich erwarteten 6,0 auf 5,3 Prozent abschwächen, in Thailand erwartet man ein eine Reduzierung um 0,5 bis 1,0 Prozentpunkte auf etwa 5,6 Prozent.

Die nackten makroökonomischen Zahlen sagen allerdings wenig über die sozialen Folgen der Flutkatastrophe aus und verharmlosen das tatsächliche Ausmaß der Schäden für die betroffenen Menschen. Ein kleines Fischerboot oder eine einfache Holzhütte haben, in Dollar ausgedrückt, keinen großen materiellen Wert; sie bilden aber die Lebensgrundlage für

34 BMZ Pressemitteilung 64/2005 vom 24. Juni 2005.

Millionen von Menschen in der Region. Und viele dieser Menschen wurden am 26. Dezember 2004 dieser Lebensgrundlage beraubt.

Hauptleidtragende des Tsunami waren Männer und Frauen, die in Armut leben. Viele von ihnen lebten als Fischer in unmittelbarer Nähe des Meeres. Ihre einfachen Hütten, Boote und Fischernetze waren der Flutwelle schutzlos ausgeliefert. Viele verloren ihr gesamtes Hab und Gut, einschließlich der Besitzurkunden für ihre Häuser und ihren Grund und Boden – sofern sie überhaupt solche verbrieften Eigentumsrechte besaßen. Viele von ihnen stehen nun in hoffnungsloser Konkurrenz um Landrechte mit einheimischen Eliten und manchen ausländischen Investoren, die beispielsweise neue Hotelkomplexe in Strandnähe planen. Schlimmer noch erging es den Dalits, d.h. den sog. Unberührbaren, in Indien. Viele von ihnen sind Landlose ohne feste Beschäftigung. Bei der Versorgung mit Hilfslieferungen wurden sie nicht selten gegenüber Angehörigen höherer Kasten benachteiligt.[35] Eine ähnlich gravierende Diskriminierung erfuhren auch die burmesischen Migranten in Thailand, die häufig nicht über gültige Aufenthaltsgenehmigungen verfügen. Die thailändische Regierung verweigerte vielen von ihnen nach der Flut jegliche Hilfe und drohte ihnen mit Abschiebung (auf die sie erst nach internationalen Protesten verzichtete).[36]

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) befürchtete unmittelbar nach der Flutkatastrophe, dass die Zahl der Armen in den betroffenen Ländern um bis zu zwei Millionen steigen könnte. *„Möglicherweise wird Armut die Hauptauswirkung dieser Naturkatastrophe sein"*, warnte Ifzal Ali, Chefökonom der ADB, im Januar 2005.[37] Allein in Indonesien könnten fast eine Million Menschen in Folge der Verwüstungen in die Armut abrutschen, in Indien rechnete die Bank mit zusätzlichen 645.000 Armen, In Sri Lanka mit 250.000 und auf den Malediven mit 23.500 – sofern nicht langfristige Wiederaufbauhilfe diesem Trend entgegenwirkt.

Frauen, Kinder und alte Menschen waren in besonderem Maße von der Flut und ihren Folgen betroffen. Einer Untersuchung von Oxfam International zufolge wurden in vielen Orten weit mehr Frauen als Männer Opfer der Flut.[38] *„In einigen Dörfer scheinen Frauen bis zu 80 Prozent der Todesopfer auszumachen"*, stellt die Studie fest.[39] Als Grund für das Ungleichgewicht bei den Opferzahlen wird unter anderem genannt, dass die Frauen zum Zeitpunkt des Unglücks zu Hause bei ihren Kindern waren, während viele Männer sich auf See aufhielten, wo sie eine größere Überlebenschance gehabt hätten. Außerdem hätten weniger Frauen als Männer schwimmen können. Der hohe Frauenanteil unter den Opfern könnte längerfristig für die Überlebenden zu erheblichen gesellschaftlichen Problemen in den betroffenen Orten führen. Berichtet wird von vermehrten Vergewaltigungen, Schikanierungen und Zwangsehen junger Mädchen.[40] Viele Überlebende wurden nach der Flutkatastrophe so ein zweites Mal

35 Vgl. dazu z.B. Reese (2005), S. 5f. und Nellissen (2005).
36 Ebd.
37 Vgl. Asiatische Entwicklungsbank (2005): Durch Tsunami könnte die Zahl der Armen in den betroffenen Ländern um fast zwei Millionen steigen. Pressemitteilung vom 13. Januar (www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/tsunami_marginal.pdf, gel. am 1.7.2005)
38 Vgl. Oxfam International (2005).
39 Vgl. http://www.social-times.de/nachricht.php?nachricht_id=4287&newsrubrik_id=5 (gel. am 2.7.2005)
40 Ebd.

zu Opfern. Verschiedene Kinderhilfswerke berichteten darüber hinaus von vermehrten Fällen illegalen Kinderhandels und des sexuellen Missbrauchs von Kindern, vor allem unmittelbar nach der Katastrophe.

Tabelle: Das Ausmaß der Tsunami-Katastrophe

Länder	**Tote**	**Vermisste**	**Tsunami-Flüchtlinge**	**Schäden** (Mrd. US-$)	**Anteil der Schäden am BIP** (%)
Indien	12.407	3.874	647.599	1,5	0,3
Indonesien	131.029	37.000	533.770	4,7	2,3
Malediven	82	26	21.663	0,4	57,0
Sri Lanka	38.940*	-	546.509	2,7	9,1
Thailand	5.395	2.817	58.552	1,3	0,9
Gesamt	**187.853****	**43.717*****	**1.808.093**	**10,6**	-

Quelle: BMZ (2005a und 2005b)/Reuters AlertNet, 23.6.2005 (www.alertnet.org)
* Sri Lanka gibt die Zahlen der Toten und der Vermissten seit Juni 2005 als eine Gesamtzahl an.
** Inkl. der Gesamtzahl für Sri Lanka
*** Ohne die Gesamtzahl für Sri Lanka

2.2. Die internationalen Reaktionen

Die internationale Gemeinschaft reagierte mit einer bis dahin einmaligen Hilfsaktion auf die Tsunami-Katastrophe. Innerhalb von zehn Tagen führten die Vereinten Nationen und ihr Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA) eine erste Bestandsaufnahme der Schäden durch und schätzten die Kosten der Nothilfemaßnahmen für die ersten sechs Monate. Die Ergebnisse veröffentlichten sie am 6. Januar 2005 in einem Blitz-Appell *(„Flash Appeal")* an die Regierungen.[41] Danach wurden für Soforthilfemaßnahmen in Indonesien, Sri Lanka, Somalia, auf den Malediven und Seychellen, sowie für regionale Maßnahmen 977 Millionen US-Dollar benötigt.[42] Dies war der größte Hilfsaufruf nach einer Naturkatastrophe in der Geschichte der Vereinten Nationen.

Bei einer ersten Geberkonferenz am 11. Januar 2005 in Genf sagten rund 50 Regierungen Soforthilfemittel von über 700 Millionen US-Dollar zu. Nachdem in den darauf folgenden Monaten das tatsächliche Ausmaß der Schäden deutlich wurde, wurden sowohl der kurzfristige Hilfsbedarf als auch die Zahlungszusagen der Regierungen nach oben korrigiert. Ende Juni 2005 bezifferte OCHA den Bedarf an Nothilfe für die ersten 12 Monate mit 1,271 Milliarden US-Dollar. 82 Prozent der benötigten Mittel (1,039 Milliarden US-Dollar) waren zu diesem Zeitpunkt durch Zusagen oder bereits geleistete Zahlungen der Regierungen

41 Vgl. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2005a).
42 Nicht berücksichtigt sind die Kosten der Nothilfemaßnahmen in Indien und Thailand, da die dortigen Regierungen angekündigt hatten, den kurzfristigen Wiederaufbau aus eigener Kraft ohne Hilfe von außen zu finanzieren.

gedeckt – eine Rekordquote verglichen mit den chronisch unterfinanzierten Nothilfemaßnahmen der Vereinten Nationen.

Tabelle: Tsunami-Hilfsappell der Vereinten Nationen – Benötigte und zugesagte Mittel (Stand 8. Juli 2005)

Organisation	Finanzbedarf (US-$)	Zahlungszusagen/ Beiträge (US-$)	Zahlungszusagen/ Beiträge in Prozent des Finanzbedarfs
FAO	101.453.900	51.622.733	50,88%
ILO	15.425.000	6.679.894	43,30%
IOM	74.050.000	58.176.730	78,56%
OCHA	21.478.475	23.256.657	100%
UNDP	166.411.522	110.438.950	66,36%
UNFPA	30.977.461	25.102.322	81,03%
UN-HABITAT	11.000.000	6.228.905	56,63%
UNHCR	76.851.540	50.658.355	65,92%
UNICEF	304.357.122	305.957.122	100%
UNV	12.500.000	7.774.000	62,19%
WFP	271.449.626	264.015.550	97,26%
WHO	70.410.220	61.352.331	87,14%
Andere	114.400.982	67.437.246	58,95%
Summe	**1.270.765.848**	**1.038.700.795**	**81,74%**

Quelle: http://www.reliefweb.int/fts (8.Juli 2005)

Nachdem bereits im April 2005 der dringendste Finanzbedarf der Vereinten Nationen für die Tsunami-Soforthilfe weitgehend gedeckt war, appellierten sie an die Regierungen, sich wieder verstärkt den anderen Katastrophengebieten der Erde zuzuwenden:

„Alle neuen Ressourcen für Hilfsmaßnahmen, die über die bereits vorhandenen hinausgehen, sollten nun auf die Bedürfnisse der etwa 30 Millionen Menschen gerichtet werden, die von Krisen in Teilen von Afrika, Europa, dem Nahen Osten und Lateinamerika betroffen sind."[43]

Denn neben den vom Tsunami betroffenen Gebieten in Südostasien listen die Vereinten Nationen im Jahr 2005 20 weitere Krisenregionen, vor allem in Afrika, auf, für die dringend Hilfe gebraucht wird, um dort humanitäre Katastrophen zu verhindern. Allein für die Nothilfe im Sudan werden 1,9 Milliarden US-Dollar benötigt. Die bisherigen Zusagen der Regierungen decken gerade einmal ein Drittel dieser Summe ab. Insgesamt benötigen die Vereinten Nationen für die anderen Krisengebiete dieser Erde im Jahr 2005 Nothilfemittel in Höhe von 3,8 Millarden US-Dollar. Dem stehen Zusagen der Regierungen in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar gegenüber, und damit lediglich 37 Prozent der erforderlichen Mittel. Die Hilfsbereitschaft, die die Regierungen nach der Tsunami-Katastrophe demonstriert haben, lassen sie in vielen anderen Krisenregionen der Welt vermissen.

43 Vgl. UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2005b), S.1.

Tabelle: Im Schatten der Tsunami-Katastrophe: Humanitäre Krisen 2005

Land/Region	Finanzbedarf (US-$)	Zahlungszusagen/ Beiträge (US-$)	Zahlungszusagen/ Beiträge in Prozent des Finanzbedarfs
Angola	5.491.869	3.851.540	70%
Benin	5.951.780	641.060	11%
Burundi	121.421.099	42.712.457	35%
Zentralafrikanische Republik	26.422.625	4.500.769	17%
Tschad	223.881.823	59.890.552	27%
Tschetschenien und Nachbarrepubliken	67.891.622	34.289.854	51%
Elfenbeinküste	36.470.706	11.681.668	32%
Demokratische Republik Kongo	192.909.665	67.183.958	35%
Dschibouti	7.494.198	400.000	5%
Eritrea	156.397.841	82.174.455	53%
Region der Großen Seen	119.527.523	60.974.085	51%
Guinea	39.148.957	16.335.674	42%
Guyana	2.562.392	738.609	29%
Südostasien - Tsunami	1.270.765.848	1.038.700.795	82%
Niger	18.311.978	3.598.356	20%
Besetzte Palästinensische Gebiete	297.252.508	139.600.876	47%
Republik Kongo	24.110.476	7.290.053	30%
Somalia	162.266.738	63.028.197	39%
Sudan	1.899.325.903	642.400.900	34%
Uganda	188.195.144	91.978.586	49%
Westafrika	195.988.702	74.935.208	38%
Summe	**5.061.789.397**	**2.446.907.652**	**48%**

Quelle: http://www.reliefweb.int/fts (8. Juli 2005)

Nachdem die erste Phase der Soforthilfe, zum Teil unter Koordination der Vereinten Nationen, Mitte 2005 abgeschlossen war, traten die Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme für die Region in den Vordergrund. Die Federführung haben hier vor allem die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Weltbank. Die ADB stellt für die Wiederaufbauphase 600 Millionen US-Dollar als Zuschüsse zur Verfügung, davon für Sri Lanka 100 bis 150 Millionen, für Indonesien 300 bis 350 Millionen, für die Malediven 50 bis 75 Millionen und für Indien 100 Millionen US-Dollar.[44] Die Weltbank beteiligt sich an der ersten Phase des Wiederaufbaus mit Mitteln im Umfang von 837,5 Millionen US-Dollar. Davon erhalten Sri Lanka 150 Millionen, Indonesien 145 Millionen, Indien 528,5 Millionen und die Malediven 14 Millionen US-Dollar.[45] Zusätzlich wurde ein „Multi-Donor-Trust-Fund" für Indonesien eingerichtet, um die Hilfsgelder der verschiedenen Geber zu bündeln. Ein ähnlicher Fonds ist für Sri Lanka vorgesehen, sobald dort der „Gemeinsame Entscheidungsmechanismus" *(Joint Mechanism)* eingerichtet wurde. Die Verwaltung dieser Fonds liegt bei der Weltbank, die damit eine Schlüsselrolle beim Wiederaufbau dieser Länder einnimmt.

Im Kontrast zur kurzfristigen Nothilfe in den Monaten nach der Tsunami-Katastrophe scheint die längerfristige Wiederaufbauhilfe der Regierungen allerdings wesentlich langsa-

44 Vgl. BMZ (2005a), S. 6.
45 Ebd.

mer anzulaufen, als von den Vereinten Nationen gewünscht. Der UN-Generalsekretär kommentierte dies im April 2005 mit der Bemerkung: „Versprechen sind gut, aber Bargeld ist besser."[46] Annans Untergeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten Jan Egeland attestierte den Regierungen zwar nach dem Tsunami eine nie dagewesene „Großzügigkeit". Das Problem bestünde nun aber darin, ihre Versprechen in konkrete Zahlungsverpflichtungen zu verwandeln. Von den bis April 2005 versprochenen 6,7 Millarden US-Dollar Tsunami-Hilfe von Regierungen und privaten Organisationen seien nur 2,5 Millarden ausgezahlt oder zumindest verbindlich zugesagt worden.[47] Die britische Nachrichtenagentur Reuters schlägt in die gleiche Kerbe. Sie hatte unmittelbar nach dem Seebeben im Dezember 2004 eine spezielle Website mit dem Titel „Reuters Tsunami Aidwatch" eingerichtet. Dort gibt unter anderem ein so genanntes „Pledge-O-Meter" kontinuierlich über die versprochene und tatsächlich geleistete Tsunami-Hilfe der zehn wichtigsten Geber Auskunft. Anfang Juli 2005 hatten deren Hilfszusagen eine Höhe von 5,32 Millarden US-Dollar erreicht, die tatsächlichen Zahlungsverpflichtungen bzw. bereits geleisteten Zahlungen beliefen sich dagegen nur auf 3,46 Milliarden.[48]

Allein deswegen auf eine schlechte Zahlungsmoral der Geber zu schließen, wäre allerdings voreilig. Denn dass die Milliardenbeträge, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig sind, nicht innerhalb weniger Monate fließen können, hat vielfältige Gründe. Ein entscheidender Faktor sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den betroffenen Ländern. Die Konflikte zwischen Regierung und Separatistenbewegungen in Sri Lanka und Indonesien erschwerten die Wiederaufbauplanungen. Ungeklärte Eigentumsrechte und Konflikte um Landrechte verzögerten den Wiederaufbau der Häuser. Die Absorptionsfähigkeit der Volkswirtschaften ist begrenzt. Der größere Zufluss von ausländischem Kapital und der rapide Anstieg der Nachfrage, z.B. nach Wohnraum und Baustoffen, führten bereits in den ersten Monaten zu erheblichen Preissteigerungen. Eine noch raschere Zunahme der Finanzflüsse wäre unter diesen Umständen makroökonomisch kontraproduktiv. Ein entwicklungspolitisches Muss ist schließlich die umfassende Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in die Wiederaufbauplanung. Aber sie braucht Zeit und steht damit im Widerspruch zu den Wünschen mancher Geber nach kurzfristigen (und medienwirksamen) Erfolgsmeldungen.

Mit dieser Problematik sind auch die zahlreichen humanitären Organisationen und Entwicklungs-NRO konfrontiert, die sich an den Hilfsmaßnahmen nach der Tsunami-Katastrophe beteiligen. Allein in Sri Lanka sind nach Angaben von Inter Press Service (IPS) rund 700 ausländische NRO aktiv, in der indonesischen Provinz Aceh etwa 500. Viele von ihnen haben die Region allerdings inzwischen wieder verlassen. Ihre Spendenaufrufe waren in der heimischen Bevölkerung auf eine nie erwartete Resonanz gestoßen. Viele Organisationen erzielten in den Wochen nach dem 26. Dezember Rekordergebnisse. Das Amerikanische Rote Kreuz hat bis zum 31. Mai 2005 536 Millionen US-Dollar an Tsunami-Spenden gesam-

46 Zitiert nach Deen (2005b).
47 Ebd.
48 Vgl. http://www.alertnet.org/thefacts/aidtracker/ (gel. am 2.7.2005)

melt. Die Spendeneinnahmen von Oxfam International überstiegen nach fünf Monaten 250 Millionen US-Dollar. Bereits bis Ende Februar 2005 hatte das Internationale Komitee der Fundraising Organisationen (ICFO) in den neun wichtigsten Spendenländern private Spenden für die Tsunami-Hilfe in Höhe von 3,2 Milliarden US-Dollar gezählt.[49] Mittlerweile ist dieser Wert auf über vier Milliarden US-Dollar angestiegen. Allein in den USA spendeten die Menschen 1,5 Milliarden US-Dollar an private Hilfsorganisationen.[50]

Angesichts dieser Spendenflut haben inzwischen viele rein humanitäre NRO ihre Hilfsaufrufe für die Tsunami-Region gestoppt. Einige hatten bereits wenige Tage nach der Katastrophe die Notbremse gezogen: So stellte Ärzte ohne Grenzen am 4. Januar 2005 seine Spendensammlung für die Flutopfer ein. Ärzte ohne Grenzen versteht sich explizit als Nothilfeorganisation und verweist für die längerfristige Wiederaufbauhilfe auf erfahrene Entwicklungsorganisationen und staatliche Stellen.

Andere humanitäre Hilfswerke haben eine andere Strategie eingeschlagen. Sie haben die Spendensammlung nicht gestoppt und begeben sich nun selbst auf das Terrain der langfristigen Entwicklungshilfe. So hat beispielsweise das Amerikanische Rote Kreuz im Juni 2005 ein fünfjähriges *Tsunami Recovery Program* gestartet.[51] Dieser Trend wird den Koordinationsbedarf zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen und vermutlich auch die Konkurrenz unter den privaten Hilfswerken weiter erhöhen (siehe unten).

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes haben sich auf Regionen konzentriert, in denen sie bereits auf Partnerstrukturen aus langjähriger Zusammenarbeit zurückgreifen konnten. Zudem haben sie ihre Projekte mit anderen Organisationen vor Ort eng koordiniert, so z.B. die Deutsche Welthungerhilfe mit Concern, Irland im Rahmen der Alliance2015-Partnerschaft.

3. Die Folgen der Flut für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

3.1. Die Not- und Wiederaufbauhilfe der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat auf die Flutkatastrophe im Indischen Ozean mit einem breiten Bündel von Maßnahmen reagiert. Bereits in den Tagen nach dem Tsunami setzte die Soforthilfe ein. Die Federführung hatte das für die humanitäre Hilfe zuständige Auswärtige Amt. Gleichzeitig wurden vom Bundesverteidigungsministerium Spezialflugzeuge („fliegende Lazarette") zur Bergung von Verletzten in der Krisenregion eingesetzt und das Marine-Schiff „Berlin" mit 300 Tonnen Hilfsgütern nach Indonesien entsandt. Damit begann der nach Regierungsangaben bislang größte humanitäre Einsatz der Bundeswehr. Er endete im März 2005.

49 ICFO Press Release, 2. März 2005.
50 Vgl. InterAction (2005).
51 Vgl. http://www.redcross.org/news/in/tsunamis/home.html (gel. am 2.7.2005)

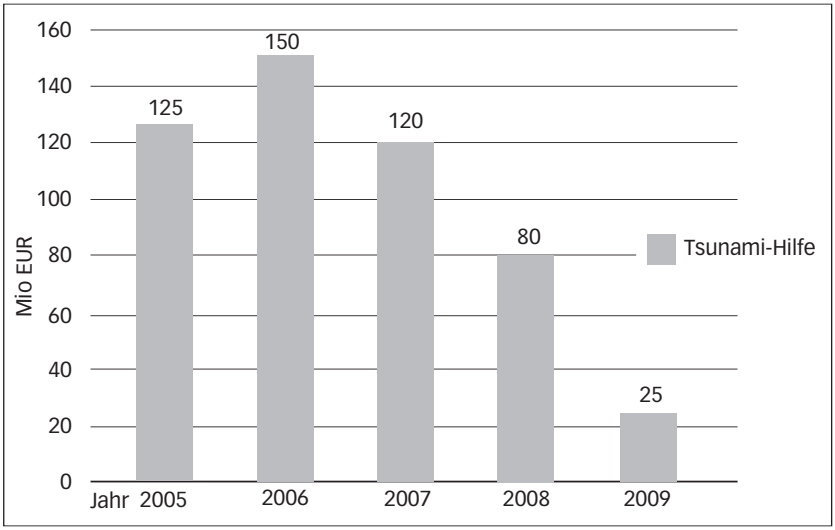
Unmittelbar nach der Katastrophe standen für die Bundesregierung noch die Identifizierung deutscher Opfer und die Betreuung der Betroffenen und ihrer Angehörigen im Vordergrund. Denn der Flutwelle fielen auch 530 deutsche Touristen zum Opfer, 22 werden noch immer vermisst (Stand: August 2005).

Bundeskanzler Schröder machte die Flutkatastrophe am 31. Dezember 2004 zum zentralen Thema seiner Neujahrsansprache. Er ergriff dort die Initiative für Partnerschaften zwischen Bundesländern, Städten, Gemeinden und Schulen in Deutschland und der Krisenregion. Er sagte damals:

„Ich stelle mir vor, dass sich die großen Industrieländer für jeweils ein Land verantwortlich fühlen. Auch Deutschland. Unsere Bundesländer für entsprechende Bezirke. Unsere Städte für Städte und unsere Dörfer für Dörfer. Unsere Wirtschaft könnte helfen. Hilfe würde so sichtbar und ganz konkret. Deutsche Schulen und ihre Kinder könnten Patenschaften für Schulen dort übernehmen." [52]

Als Resultat dieser Initiative wurde wenig später bei InWEnt die Kommunale Servicestelle „Partnerschaftsinitiativen" eingerichtet. Sie soll die Hilfsangebote deutscher Kommunen, Vereine, Schulen und Unternehmen koordinieren und Projektpartnerschaften in die von der Flut betroffenen Länder vermitteln.[53] Gleichzeitig ernannte der Bundeskanzler Christina Rau, die Frau des ehemaligen Bundespräsidenten, zur Sonderbeauftragten für die Partnerschaftsinitiative Fluthilfe. Bis Ende Juni 2005 sind bei der Servicestelle über 1.300 Hilfs- und Partnerschaftsangebote eingegangen. Bislang sind 230 Projekte angelaufen. Dahinter stehen

Grafik: Ausgaben der Bundesregierung für die Tsunami-Hilfe 2005-2009



52 Neujahrsansprache des Bundeskanzlers 2004/2005, http://www.bundesregierung.de/-,413.767683/artikel/Neujahrsansprache-von-Bundeska.htm (gel. am 2.7.2005).
53 Vgl. http://partnerschaften.inwent.org/deutsch/

394 einzelne Hilfsangebote, die zum Teil gebündelt wurden. 170 Kommunen, 85 Schulen, fünf Universitäten und 14 medizinische Einrichtungen in Deutschland sind an den Projekten beteiligt. Rund 200 Angebote wurden durch die Partnerschaftsinitiative selbst in 80 Projekte vermittelt. Das Finanzierungsvolumen beträgt ca. 13,5 Millionen Euro.

Für die Not- und Wiederaufbauhilfe in der betroffenen Region beschloss das Bundeskabinett am 5. Januar 2005, zusätzliche Mittel in Höhe von 500 Millionen Euro bereitzustellen. Diese auf den ersten Blick hohe Summe relativiert sich in Anbetracht des zeitlichen Horizonts des Regierungsbeschlusses: Denn die Mittel sollen erst im Laufe von fünf Jahren ausgegeben werden. Im Mai 2005 legte die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss einen detaillierten Finanzplan für die Tsunami-Hilfe vor. Danach sollen die angekündigten 500 Millionen Euro im Bundeshaushalt folgendermaßen berücksichtigt werden: 2005: 125 Millionen, 2006: 150 Millionen, 2007: 120 Millionen, 2008: 80 Millionen, 2009: 25 Millionen.

Die Gelder sollen nach Angaben der Bundesentwicklungsministerin als „Verstärkungstitel" in den BMZ-Haushalt aufgenommen werden.[54] Weiterhin ist jedoch nicht garantiert, dass es sich dabei tatsächlich um zusätzliche Gelder handelt, da ein entsprechender Nachtragshaushalt 2005 bisher nicht verabschiedet wurde. Umso mehr gilt dies für die Jahre 2006 bis 2009. Das BMZ hat zwar immer wieder von „zusätzlichen Mitteln" gesprochen,[55] im Mai 2005 sagte die Ministerin aber lediglich zu, dass es „keine Verdrängung zu Lasten anderer Regionen" geben werde.[56] Damit besteht für die Zeit nach den Bundestagswahlen weiterhin die Gefahr, dass die neue Bundesregierung die Tsunami-Gelder zumindest teilweise als umetikettierte Mittel aus anderen Finanzierungstiteln abzweigt.

Der Großteil der Tsunami-Mittel soll nach den Plänen des BMZ in Länderprogramme Indonesien und Sri Lanka sowie in ein Regionalprogramm Indischer Ozean fließen. In dem Regionalprogramm sind auch Mittel für Wiederaufbauprojekte deutscher NRO im Umfang von 25 Millionen Euro enthalten. Ergänzt werden die Programme durch Mittel für ein Tsunami-Frühwarnsystem (45 Millionen Euro) sowie Beiträge anderer Ministerien, darunter auch 15 Millionen Euro für den Bundeswehreinsatz in Aceh/Indonesien. Schwerpunkte der Wiederaufbauprogramme sind die Gesundheitsversorgung und psychsoziale Betreuung, der Wohnungsbau, die Wasser- und Stromversorgung, die Katastrophenvorsorge sowie die Grund- und Berufsbildung (s. Tabelle S. 46).

Bis Ende Juni 2005 hatte die Bundesregierung rund 88 Millionen Euro an finanzieller Soforthilfe für die Krisenregion ausgezahlt, davon 50 Millionen im Rahmen des Hilfsaufrufs der Vereinten Nationen (40 Millionen aus dem Etat des BMZ, 10 Millionen aus dem Etat des AA), 10 Millionen im Rahmen der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes[57], 13 Millionen für die Not- und Übergangshilfe des BMZ und 15 Millionen für den Bundeswehreinsatz in Aceh.

54 Vgl. Zeitschrift Entwicklungspolitik 12/13/2005, S. 10.

55 Vgl. z.B. BMZ (2005a), S. 2.

56 Nach Zeitschrift Entwicklungspolitik, 12/13/2005, S. 10.

57 Die ausgezahlten Hilfsgelder des AA in Höhe von 20 Mio. Euro sind nicht Teil des 500 Mio. Euro-Pakets, sondern wurden aus dem regulären Etat des AA finanziert.

Tabelle: Rahmenplanung der deutschen Tsunami-Hilfe 2005-2009

Bereich	Rahmenplanung für FZ/TZ (in Mio. Euro)	Summe (in Mio. Euro)
Länderprogramm Indonesien		**128**
Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	6	
Wiederaufbau der Gesundheitsversorgung	40	
Grund- und Berufsbildung	29	
Wohnungsbauprogramm	32	
Regierungsführung (Good Governance) Wirtschaftsförderung (Mikrofinanzierung)	15 6	
Länderprogramm Sri Lanka		**117**
Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	7	
Wasser- und Stromversorgung	34	
Wohnungsbau	36	
Wiederbelebung der Privatwirtschaft	15	
Grund- und Berufsbildung	15	
Stärkung von kommunalen Strukturen, Partizipation, Katastrophenvorsorge, psychosoziale Betreuung	8	
Studien- und Fachkräftefonds	2	
Regionalprogramm Indischer Ozean		**95**
Multilaterale Hilfe (inkl. UN-Flash Appeal)	55	
Bilaterale Zusammenarbeit mit Thailand	2	
Aus- und Fortbildung, personelle Qualifizierung	10	
Unterstützung von Projekten der deutschen Zivilgesellschaft	25	
Steuerung und fachliche Begleitung	3	
Tsunami-Frühwarnsystem (BMBF/Geoforschungszentrum Potsdam)		**45**
Beiträge anderer Ministerien		**40**
Auswärtiges Amt		
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik	12	
- Demokratieförderung, Krisenprävention etc.	3	
BMV		
- Bundeswehreinsatz in Aceh/Indonesien	15	
BMI		
- Maßnahmen des THW	3	
BMVEL		
- Maßnahmen der FAO	2	
BMVBW		
- Unterstützung der National Aquatic Ressource Authority/Sri Lanka	1	
BMU		
- Biodiversity and Tourism Support Centre, Unterstützung UNEP etc.	4	
Reserve		**75**
(u.a. für Zinskosten in Folge von Schuldenmoratorien)		
Gesamtsumme		**500**

Quelle: BMZ (2005a)/eigene Zusammenstellung

Bei Regierungsverhandlungen im Mai 2005 hat die Bundesregierung Indonesien 59 Millionen Euro und Sri Lanka 85 Millionen Euro für Wiederaufbauprojekte – jeweils für mehrere Jahre – zugesagt. Davon sollen im Jahr 2005 an Sri Lanka noch 18 Millionen, an Indonesien 15 Millionen Euro ausgezahlt werden. Bei den übrigen Mitteln handelt es sich um Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre. Die restlichen in der Rahmenplanung vorgesehenen Gelder sollen Indonesien und Sri Lanka im Jahr 2006 für konkrete Projekte zugesagt werden. Zusätzlich kündigte die Bundesregierung an, in den Multi-Donor-Trust-Fund für Indonesien acht Millionen Euro einzuzahlen.[58]

Das BMZ betont ausdrücklich, dass neben den Sonderprogrammen für den Wiederaufbau auch die kontinuierliche Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien und Sri Lanka fortgesetzt wird. Für Indonesien sind in der Rahmenplanung 2005 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 73 Millionen Euro (für zwei Jahre) vorgesehen. Schwerpunktbereiche sind vor allem Gesundheit (16 Millionen), Transport (15 Millionen), Wirtschaftsreform/Aufbau der Marktwirtschaft (22 Millionen) und gute Regierungsführung/Korruptionsbekämpfung (18 Millionen). Für Sri Lanka sind 2005 Finanzierungszusagen in Höhe von 31 Millionen Euro eingeplant. Die Mittel sollen verwendet werden in den Bereichen Wirtschaftsreform/Aufbau der Marktwirtschaft (15 Millionen) und Friedensentwicklung/Krisenprävention (16 Millionen).[59] Wenn die Pläne in dieser Form realisiert werden, könnte eine Verdrängung bereits geplanter Vorhaben durch die Tsunami-Hilfe vermieden werden.

Heftige Kritik erntete die Bundesregierung für ihre Entscheidung, nur 25 Millionen Euro, und damit lediglich fünf Prozent der Sondermittel für den Wiederaufbau in Südasien, zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Der Verband Entwicklungspolitik (VENRO), dem über 100 NRO angehören, darunter die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes, nannte diese Entscheidung „kurzsichtig und falsch". VENRO kommentierte:

„Diese Aufteilung zu Lasten der Nichtregierungsorganisationen ist nicht hinnehmbar, da sie in keiner Weise die zentrale Rolle der nicht-staatlichen Akteure bei der Bewältigung der Folgen der Tsunami-Katastrophe berücksichtigt. Daher ist der fast ausschließliche Einsatz der Mittel im staatlichen und multilateralen Bereich eine strategische Fehlentscheidung, die zu Lasten der betroffenen Bevölkerung geht. Die Not leidenden Menschen werden durch langjährige Partnerschaftsbeziehungen mit einheimischen Nichtregierungsorganisationen am direktesten erreicht." [60]

Die Bundesentwicklungsministerin wies diese Kritik mit dem Hinweis zurück, die Nichtregierungsorganisationen verfügten über hohe Spendenaufkommen und würden außerdem aus dem regulären BMZ-Etat unterstützt. [61]

Tatsächlich haben die Spendeneinnahmen deutscher NRO nach der Tsunami-Katastrophe ein neues Rekordniveau erreicht. Bis September 2005 gingen mehr als 600 Millionen Euro

58 Vgl. BMZ Pressemitteilung 64/2005 vom 24. Juni 2005.
59 Vgl. BMZ (2004), S. 59f und 66.
60 VENRO Pressemitteilung 9/2005 vom19. Mai 2005.
61 Vgl. Zeitschrift Entwicklungspolitik 12/13/2005, S. 10.
62 Vgl. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Pressemitteilung vom 2. März 2005 (http://www.dzi.de).

Tabelle: Spendeneinnahmen deutscher NRO für die Tsunami-Hilfe („Top 10")

Organisation	Spenden (Euro)
Aktion Deutschland hilft	125.000.000
Deutsches Rotes Kreuz	124.600.000
Deutsches Komitee für UNICEF	90.000.000
Ärzte ohne Grenzen, Dt. Sektion	49.700.000
Deutscher Caritasverband	47.000.000
Diakonie Katastrophenhilfe	43.000.000
Deutsche Welthungerhilfe	29.700.000
Kindernothilfe	13.750.000
Misereor	12.000.000
terre des hommes Deutschland e.V.	11.500.000
Summe	**546.250.000**

Quellen: Websites und direkte Informationen der Organisationen (Stand: Juni/September 2005).

ein. Der Spendenrekord lag in Deutschland bis dahin bei 350 Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Elbehochwasser 2002.[62] Allein die „Top 10" der deutschen Entwicklungsorganisationen und Hilfswerke erhielten Spenden in Höhe von rund 550 Millionen Euro (s. Tabelle S.48).

Im Gegensatz zu Ärzte ohne Grenzen haben diejenigen Organisationen, die langfristige Entwicklungszusammenarbeit betreiben, trotz der Rekordeinnahmen ihre Spendenaufrufe für die Tsunami-Region größtenteils nicht gestoppt. Sie argumentieren, dass für den dauerhaften Wiederaufbau der Region noch lange nicht genügend Mittel vorhanden seien. Regierungen wie NRO bräuchten einen langen Atem. *„Wirksame Hilfe beschränkt sich nicht auf Aktionismus während weniger Monate. Wir müssen in Jahren denken,"* so die Welthungerhilfe.[63]

3.2. Probleme der Tsunami-Hilfe und Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit

Bundesregierung, internationale Organisationen und NRO zogen nach sechs Monaten eine überwiegend positive Zwischenbilanz ihrer Hilfsmaßnahmen für die Tsunami-Region. Die Bundesentwicklungsministerin resümierte:

„Es ist ein großer Erfolg, dass nach dem schrecklichen Tsunami weitere Katastrophen wie der Ausbruch von Seuchen verhindert werden konnten. Dies ist der großartigen Unterstützungsleistung der internationalen Geber, dem Einsatz der vielen Nichtregierungsorganisationen, der vielen freiwilligen Helfer und der Arbeit der jeweiligen Regierungen zu verdanken." [64]

Zu einer ähnlichen Einschätzung kamen Vertreter der Vereinten Nationen. Dass es in den von der Flut betroffenen Gebieten nicht zum massiven Ausbruch von Krankheiten wie

63 Interview in Welternährung Extra 2/2005, S. 4.
64 BMZ Pressemitteilung 64/2005 vom 24. Juni 2005.
65 Vgl. Macan-Markar (2005).

Cholera kam, bezeichnen sie als einen „stillen Erfolg“ ihrer Soforthilfe.[65] Vor allem die rasche Versorgung mit sauberem Trinkwasser und die Informations- und Bildungsarbeit in den Flüchtlingslagern hätten dazu beigetragen.

Auch NRO betonen den Erfolg ihrer bisherigen Nothilfeaktivitäten und zeigen sich zuversichtlich für die Wiederaufbauphase, nachdem die Koordinationsprobleme und bürokratischen Hürden in den Ländern allmählich überwunden zu sein scheinen. Während die erste Phase der Nothilfe von Hilfstransporten mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten sowie dem Aufbau von Notlagern geprägt war, unterstützen viele nun unter anderem den Wiederaufbau der Fischerei und der zerstörten Häuser. Über ihre bisherigen Aktivitäten liegen mittlerweile detaillierte Berichte vor (s. Kästen zu den Projekten von Deutscher Welthungerhilfe und terre des hommes).

Hilfe der Deutschen Welthungerhilfe in den Tsunami-Gebieten

Indien

Unmittelbar nach der Katastrophe haben 65.000 Menschen in Indien Nothilfe erhalten. Sie umfasste unter anderem die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Verteilung von Sets mit Küchenutensilien an Tsunami-Opfer, die ihren gesamten Hausrat verloren haben. Derzeit ist die Deutsche Welthungerhilfe in Indien in 30 Dörfern in zwei Distrikten im Bundesstaat Tamil Nadu an der Südostküste Indiens und auf der Inselgruppe Andamanen und Nikobaren tätig. Der Schwerpunkt liegt bei der Sicherung des Lebensunterhalts, vor allem in der Fischerei. Finanziert wurden bislang die Reparatur von rund 2.000 Booten, die Neuausstattung mit 840 Netzen und der Bau von 350 neuen Booten. Das Material wird in der Region gekauft, um die lokale Wirtschaft zu stützen. Der Wiederaufbau von zerstörten Wohnhäusern ist zunächst reduziert worden, da die Bundesstaatsregierung von Tamil Nadu aus unklaren Gründen die Standards für neue Häuser so in die Höhe gesetzt hat, dass sich die Preise verdoppelt haben. Bereits gebaut wurden dagegen ein Kinderheim für 100 Tsunami-Waisen und eine Übergangsschule für 250 Kinder. Ebenso entstanden 100 einfache Häuser für Angehörige der untersten Kaste oder Kastenlose. Zurzeit läuft der Bau einer Halle zur Fischvermarktung, weitere Hallen sind geplant.

Sri Lanka

In Sri Lanka haben 55.000 Menschen Nothilfe erhalten. Die Verhandlungen zwischen der srilankischen Regierung und den tamilischen Rebellen über die Verteilung der Tsunami-Gelder und Abwicklung der Projekte ziehen sich in die Länge. Um die Flüchtlinge nicht in Zeltlagern „schmoren” zu lassen, setzten die Welthungerhilfe und ihre Partnerorganisation das Konzept der Übergangssiedlungen fort, das sich bei der Hilfe für Bürgerkriegsopfer bewährt hat. Dabei handelt es sich um einfache Häuser aus Lehm oder Stein mit Wellblech- oder Strohdächern. In diesen dorfähnlichen Siedlungen können die Menschen

wohnen, bis eine endgültige Lösung für sie gefunden wird. Insgesamt sind 14 Übergangssiedlungen mit 2.350 Häusern fertig gestellt. Gleichzeitig schreiten die Planungen für den Wiederaufbau voran. In 14 Dörfern wird die Welthungerhilfe die Infrastruktur wieder herstellen. Es werden je nach Dorf Wohnhäuser, Brunnen, Ankerplätze, Gesundheitszentren, Schulen sowie neue Straßen entstehen. Zudem arbeitet die Welthungerhilfe mit 4.600 Familien an der Schaffung von Erwerbsgrundlagen. Vornehmlich sind dies Tätigkeiten im Fischereibereich, alternativ aber auch in der Landwirtschaft und im Handwerk.

Indonesien

In Indonesien haben 50.000 Menschen Nothilfe erhalten. Die Planungen für den Wiederaufbau waren lange durch unklare und schwierige Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Vielerorts ist die Verwaltung zusammengebrochen, weil Entscheidungsträger umgekommen und wichtige Unterlagen zerstört worden sind. Seit dem 13. Mai gibt es einen nationalen Wiederaufbauplan der Regierung, der allerdings nicht alle Fragen beantwortet. Außerdem ist erst seit Mitte Mai die Aufenthaltserlaubnis der ausländischen Helfer geklärt. Nothilfemaßnahmen für 7.000 Opfer des Osterseebebens sind in Kürze abgeschlossen. Nun werden die Planungen für den Wiederaufbau konkret. In Indonesien liegt einer der Schwerpunkte auf der Landwirtschaft, da riesige Flächen überspült und zerstört wurden. Erste Familien erhielten Saatgut und Setzlinge. Außerdem ist die Reinigung von Brunnen und der Bau von neuen Wasserstellen angelaufen. Beim Wiederaufbau von Gebäuden wird besonders auf nachwachsende Rohstoffe und Erdbebensicherheit geachtet.

Thailand

In Thailand haben 15.000 Menschen Nothilfe erhalten. In dem Land liegt ein Schwerpunkt auf der Arbeit mit Kindern. In einem Sommercamp konnten sie spielerisch ihre Albträume und ihre Angst vor dem Meer ausdrücken. Zwei Boote, die Programme für Kinder und Lehrer anbieten, werden in den nächsten Monaten rund 100 Schulen in sechs betroffenen Distrikten anfahren.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Fischerei. Bislang wurden rund 400 Boote gebaut oder repariert, etwa 1.000 Fischer erhielten zusätzlich Ausrüstung wie Reusen und Netze.

Hilfe von terre des hommes nach der Flutkatastrophe

terre des hommes ist seit über 20 Jahren in Südasien aktiv und konnte mit Hilfe seiner lokalen Partner nach dem Seebeben umgehend Soforthilfe leisten. Schwerpunkte des Einsatzes sind die Küste des indischen Bundesstaates Tamil Nadu sowie die indonesische Provinz Aceh. Auch an der Küste Thailands wird Hilfe für Tsunami-Opfer geleistet.

Indien

Gemeinsam mit den indischen Partnerorganisationen wurden in den ersten Tagen nach der Katastrophe mehr als 50.000 Menschen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Trinkwasser und anderen Hilfsgütern versorgt. Ein besonderer Schwerpunkt schon in dieser ersten Phase war die psycho-soziale Betreuung der Kinder. Viele Kinder brauchen Hilfe bei der Bewältigung der erlebten Schrecken. Schon in den Notlagern wurden Angebote geschaffen, gemeinsam zu singen und zu tanzen, zu malen und zu sprechen. Diese Arbeit wird noch für lange Zeit notwendig sein – auch während des langfristigen Wiederaufbaus bleibt die Betreuung und Begleitung der Kinder ein Schwerpunkt der Arbeit von terre des hommes.

Zahlreiche Projekte des Neuanfangs in Indien konnten inzwischen eingeleitet werden: Spenden werden eingesetzt, um provisorische Unterkünfte zu bauen, in denen die Menschen bleiben können, bis ihre Dörfer wiederhergestellt sind. Fischerboote werden repariert oder neu angeschafft, damit die Familien schnell wieder in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Es werden Trinkwasserbrunnen gebohrt und Gemeinschaftstoiletten errichtet, Vorschulen aufgebaut und Schulmaterial für Kinder beschafft.

Drei bis fünf Jahre, so plant terre des hommes, wird der Wiederaufbau in Indien dauern. Die enge Zusammenarbeit mit den Partnern sorgt dafür, dass die Menschen nicht von der Hilfe „überrollt" werden, sondern selbst an jeder Entscheidung und jeder Baumaßnahme aktiv beteiligt werden.

Indonesien

Noch schwieriger stellt sich die Situation nach dem Tsunami in der indonesischen Provinz Aceh dar. Weite Teile der Küsten wurden völlig zerstört und waren zunächst für Helfer nur per Hubschrauber zu erreichen.

Auch die Partnerorganisationen von terre des hommes waren stark vom Tsunami betroffen; dennoch konnte terre des hommes auch in Aceh unmittelbar nach der Katastrophe damit beginnen, gemeinsam mit den Partnern Hilfsgüter in die betroffene Region zu transportieren. Zunächst wurden Flüge in die Hauptstadt Banda Aceh organisiert; später LKW-Transporte in entlegenere Orte an der Küste. Da die Fischerboote fast sämtlich zerstört, die Felder versalzen und verwüstet sind, haben die Menschen auf lange Sicht keine Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Die Hilfstransporte mit Lebensmitteln, Medikamenten, Trinkwasser, aber auch Baumaterialien werden daher noch für längere Zeit notwendig sein.

Gleichzeitig wird die langfristige Hilfe koordiniert. Dies stellt sich angesichts der immensen Zerstörungen noch komplizierter dar als in Indien: So sind in vielen Dörfern die Landfragen ungeklärt – viele Familien leben seit Jahrhunderten auf ihrem Grund, ohne

offizielle Landtitel zu besitzen. Vor dem Wiederaufbau müssen solche rechtlichen Fragen geklärt und die Interessen der einheimischen Bevölkerung geschützt werden. Umfangreiche Abstimmungen zwischen Dorfbevölkerung, Hilfsorganisationen und Behörden sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Gelder sinnvoll und zielgenau eingesetzt werden.

terre des hommes wird auch in Aceh über Jahre den Wiederaufbau begleiten. Inzwischen wurden in mehreren Dörfern umfangreiche Hausbauprogramme gestartet. Auch hier wird die Bevölkerung intensiv an den Arbeiten beteiligt sein. Ebenso wie in Indien ist auch in Aceh die psycho-soziale Betreuung der Kinder ein wichtiger Bestandteil der langfristigen Arbeit von terre des hommes.

Vordergründig im Kontrast zur überwiegend positiven Zwischenbilanz von Regierung und NRO stehen viele Medienberichte, die das schleppende Anlaufen der Hilfe und das Ausbleiben sichtbarer Erfolge nach den ersten sechs Monaten anprangern. Auch wenn derartige Kritik in Einzelfällen durchaus berechtigt ist, verkennt sie doch häufig das enorme Ausmaß der Katastrophe und die Komplexität der Probleme, die auch schon vor der Flutwelle bestanden. Denn der Tsunami traf keine prosperierenden Regionen, sondern überwiegend Gebiete mit gravierenden sozio-ökonomischen Problemen. Vor allem in den Krisenregionen Indonesiens und Sri Lankas herrschte schon vor dem Seebeben Not und Elend – nicht zuletzt infolge gravierender Menschenrechtsverletzungen, ethnisch-religiöser Konflikte und sozialer Ausgrenzung durch die herrschenden Eliten. Eine Bewertung der humanitären Hilfe muss diese Rahmenbedingungen berücksichtigen. Die Vorstellung von „Allmachtsphantasien", wonach im Falle einer Katastrophe unmittelbar allen Menschen geholfen werden könnte, denen im normalen Alltag schon der Zugang zu Nahrung, Wasser und Gesundheitsversorgung fehlt, ist „realitätsfern". [66]

Das bedeutet nicht, die Augen vor den Problemen und Fehlern der bisherigen Hilfsmaßnahmen in der Tsunami-Region zu verschließen. Im Gegenteil: Eine (selbst)kritische Analyse der Aktivitäten der Regierungen, internationalen Organisationen, NRO und einheimischen Behörden ist unabdingbar, um die Wirkungen und Nebenwirkungen der Hilfe zu bewerten und daraus Lehren für den weiteren Wiederaufbau in der Region und Konsequenzen für die längerfristige Entwicklungszusammenarbeit und das Vorgehen in künftigen Katastrophensituationen zu ziehen. Folgende Probleme und Dilemmata der Tsunami-Hilfe sind in den ersten Monaten nach der Katastrophe besonders deutlich geworden:

Nicht jede Hilfe hilft

Der Flutwelle am 26. Dezember 2004 folgte in den Tagen und Wochen darauf eine inzwischen schon sprichwörtliche „Flut der Helfer". Hunderte von internationalen Organisatio-

66 Vgl. Diakonie Katastrophenhilfe, Presseerklärung vom 23. Juni 2005.

nen, NRO und Einzelpersonen strömten in die betroffenen Länder, insbesondere nach Sri Lanka und in die indonesische Provinz Aceh. Manche NRO hatten keinerlei Erfahrung mit Nothilfeeinsätzen, andere waren in den betroffenen Ländern bisher nicht aktiv und verfügten daher auch nicht über bewährte Arbeits- und Partnerstrukturen. Die Folge war ein *„teilweise planloser Aktionismus"*, der *„mehr zu schaden als zu nützen droht"*, wie das Bündnis „Gemeinsam für Menschen in Not" kritisierte.[67] Gerade in einem schwierigen Umfeld wie in den vom Tsunami heimgesuchten Krisenregionen würde deutlich, dass Hilfe, die wirklich helfen soll, klaren Standards folgen müsse, so das Bündnis.

Besonders problematisch waren Sachspenden, die nicht den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung entsprachen. So schickte die griechische Kirche laut Medienberichten an die Tsunamiopfer in Sri Lanka nicht nur dicke Mäntel und Wollpullover, sondern auch Faschingskostüme und Nikolausverkleidungen.[68] Der Arzneimittelhersteller Pfizer beabsichtigte, Medikamente im Wert von 25 Millionen US-Dollar in die Unglücksregion zu senden, darunter, so die Befürchtungen der WHO, viele alte Produkte ohne die erforderlichen Beipackzettel in der jeweiligen Landessprache.[69] Und die Europäische Kommission entschied im Februar 2005, ausgemusterte Fischerboote in den Flutländern als Hilfsgüter zu „entsorgen", obwohl sie nach Angaben der FAO nicht für die in der Region üblichen Fischfangmethoden zu verwenden seien und zu Überkapazitäten beim Fischfang und der Verzerrung der lokalen Märkte beitragen würden. Neben der FAO hatten sich auch der WWF und Interessenverbände der asiatischen Fischer wie beispielsweise des International Collective in Support of Fishworkers (ICSF) gegen diese Form der „Hilfe" ausgesprochen.[70]

Die massive Präsenz von „Helfern" aus allen ‚Lagern' hatte eine Reihe weiterer negativer Nebenwirkungen für die ökonomische Situation in der Region, insbesondere für die lokalen Märkte und die Preisentwicklung.[71] Kaufkräftige Helfer aus dem Ausland verursachten durch ihre individuelle Nachfrage erhebliche Preissteigerungen auf den lokalen Märkten, sei es für Lebensmittel, Transportkosten oder die Miete von Häusern und Büros. Auch die generell sinnvolle Praxis, Hilfsgüter nicht zu importieren sondern vor Ort zu beschaffen, trug zur Inflation bei. Davon betroffen waren auch Bevölkerungsgruppen, die nicht direkte Opfer des Tsunami waren. Denn während beispielsweise die Flüchtlinge in den Lagern kostenlos versorgt wurden, mussten sie auf den lokalen Märkten für Alltagsgüter nun höhere Preise bezahlen.[72] Schließlich hatte die erhöhte Nachfrage ausländischer Hilfsorganisationen und Medien auch Auswirkungen auf das Lohnniveau. Manche Organisationen und Medien-

67 Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!, Pressemitteilung vom 30. März 2005.

68 Vgl. „Verkorkste Hilfslieferungen. Tsunamiopfer erhielten Nikolauskostüme". In: Der Spiegel, 18. Februar 2005.

69 Vgl. Reese (2005); S. 11.

70 Vgl. z.B. WWF (2005): Nach dem Tsunami folgt eine Welle missverstandener Hilfe. WWF kritisiert scharf die von der EU beschlossene Sendung ungeeigneter Fischerboote. Pressemitteilung vom 2. März 2005.

71 Zitiert nach: Heide Gentner (2005): Nicht jede Hilfe hilft. In: die tageszeitung, 5. April 2005, S. 10.

72 Vgl. Reese (2005), S. 12.

unternehmen warben z.B. in Aceh Übersetzer und einheimische Fachleute von Schulen, Regierungsbehörden und Unternehmen ab, trieben auf diese Weise die Löhne in die Höhe und schwächten so die ohnehin desolaten lokalen Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen. Die Bundesregierung will diesem Trend in ihrer längerfristigen Wiederaufbauarbeit nun entgegensteuern, indem sie in Indonesien und Sri Lanka gezielt Mittel für die Stärkung kommunaler Verwaltungsstrukturen und die Förderung von Kleinunternehmen bereitstellt.

Verantwortlich für die drastischen Preissteigerungen waren aber nicht nur ausländische Hilfsorganisationen oder einheimische Geschäftemacher, sondern gelegentlich auch staatliche Stellen. So warf die Deutsche Welthungerhilfe im April 2005 der Regierung des indischen Bundesstaates Tamil Nadu „Preistreiberei auf Kosten der Tsunami-Opfer" vor, weil diese die Preise für neue Häuser in den zerstörten Küstengebieten „ohne sachliche Begründung" von rund 1.300 auf 2.700 Euro verdoppelt habe.[73] Die Welthungerhilfe befürchtete, dass dadurch vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie die kastenlosen Dalits von der Hilfe ausgeschlossen würden.

Nicht jede Konkurrenz belebt das Geschäft

Beeinträchtigt wurde die erste Phase der humanitären Nothilfe nach der Flutkatastrophe nicht nur durch den Mangel an Koordination, Kooperationsbereitschaft und Professionalität bei einer Reihe von Hilfsorganisationen. Manche traten in einen regelrechten Konkurrenzkampf um besonders prestigeträchtige Projekte. Ein Vertreter der Schweizer Heilsarmee sprach von einem „Wettlauf der Hilfswerke" und nannte als Beispiel die indonesische Insel Nias, wo manche Organisationen aus Prestigegründen gleich ein ganzes Dorf „übernehmen" wollten. Er kam zu dem Schluss: *„Da erleben die Leute einen zweiten Tsunami – jenen der Hilfswerke, und diesmal wird die Würde der Leute zerstört."* [74]

Viele Organisationen versuchten *„einen Fuß in die Tür zu kriegen"* bzw. *„ein Bein auf den Boden zu bekommen"*, wie es der Projektkoordinator der deutschen Hilfsorganisation Help in Sri Lanka formulierte.[75] Dieses Phänomen ist keineswegs neu, sondern auch von früheren Hilfseinsätzen bekannt. Der Druck von Medien und Öffentlichkeit auf die Hilfswerke, möglichst rasch zu demonstrieren, dass sie die gesammelten Spendengelder erfolgreich eingesetzt haben, ist immens. Die Folge:

„Hilfsorganisationen geben ihr Geld am liebsten dort aus, wo sie die Projektziele mit großer Wahrscheinlichkeit erreichen können. Schließlich müssen sie sich gegenüber ihren Spendern und Zuschussgebern im Norden rechtfertigen – und nicht gegenüber der Bevölkerung im Süden." [76]

Besonders gefragt bei den NRO, aber auch bei manchen internationalen Organisationen und staatlichen Gebern, war nach dem Tsunami der (Wieder-)Aufbau von Schulen und Wai-

73 DWHH Pressemitteilung vom 21. April 2005.
74 Vgl. http://www.heilsarmee-ost.de/html/tsunamibericht.html (gel. am 5.7.2005).
75 Zitiert nach Luyken (2005), S. 14.
76 So Asendorpf (2005) in einem Bericht über die Folgen der Hilfe nach der Flutkatastrophe in Mosambik im Jahr 2000.

senhäusern - und dies, obwohl die Zahl der Kinder, die beide Elternteile durch den Tsunami verloren haben und nicht bei Verwandten untergekommen sind, relativ gering war. [77]

Konkurrenz gab es aber auch in weniger öffentlichkeitswirksamen Bereichen. Ein Beispiel ist das Dorf Lampuuk, 14 Kilometer südwestlich von Banda Aceh, das durch den Tsunami vollständig zerstört wurde. Dort hatten seit Januar 2005 Vertreter der Welthungerhilfe Soforthilfe geleistet und gemeinsam mit dem Dorfvorsteher den Wiederaufbau der zerstörten Häuser geplant. Im Frühjahr erschien eine türkische Hilfsorganisation in dem Dorf und verkündete, eintausend neue Häuser auf den Fundamenten der Ruinen bauen zu wollen – vorbei an allen Instanzen, ohne mit den Betroffenen gesprochen und den tatsächlichen Bedarf abgeschätzt zu haben. Denn bis zu diesem Zeitpunkt waren lediglich 257 Familien in das Dorf zurückgekehrt. [78]

Besonders offensiv traten christlich-evangelikale Organisationen im Wettbewerb um Projekte in Erscheinung. Vor allem US-amerikanische Gruppen mit Namen wie Compassion International, Mercy Ships oder Operation Blessing entdeckten die Katastrophengebiete Südasiens als neues Aktionsfeld und die Opfer des Tsunami als willkommene Objekte ihrer Missionierung.[79] Denn neben der karitativen Nothilfe ist das ausdrückliche Ziel dieser Organisationen die Christianisierung.[80] 47 von ihnen haben sich in der Association of Evangelical Relief and Development Organisations zusammengeschlossen. Ihr so genanntes „Vision Statement" lautet: *"Being compelled by the love of our Lord Jesus Christ, we work together with all believers in partnership with the poor and oppressed so together we become all God intended us to be."* [81] So kam es nach der Flutkatastrophe zwischen Hilfsorganisationen gelegentlich nicht nur zu einer Konkurrenz um imagefördernde Projekte, sondern auch zu einer Konkurrenz der Hilfskonzepte und langfristigen Ziele ihrer Arbeit. Paternalistische Ansätze der karitativen Hilfe, insbesondere zur individuellen Unterstützung einzelner Kinder, prallten auf partizipatorische Hilfskonzepte, die den Bedarf vor Ort und die Bedürfnisse der Betroffenen zum zentralen Entscheidungskriterium machen und den lokalen Gruppen die Steuerung und Umsetzung der Projekte überlassen. Es ist zu hoffen, dass die Vertreter des zweiten Ansatzes, zu denen grundsätzlich auch viele deutsche NRO gehören, in der Konkurrenz der Konzepte den längeren Atem behalten.

---

77 Luyken (2005) zitiert Presseberichte aus Sri Lanka, nach denen lediglich 97 der durch die Katastrophe elternlos gewordenen Kinder nicht bei Verwandten untergekommen seien.78 Vgl. Dickerhof (2005).

79 Der Bevölkerungsanteil der Christen liegt in Sri Lanka und Indonesien bei jeweils acht Prozent.

80 Compassion International, eine der vielen evangelikalen US-Gruppen, die sich in der Tsunami-Hilfe engagieren, formuliert das Ziel seiner Arbeit folgendermaßen*: „Compassion International exists as an advocate for children, to release them from their spiritual, economic, social and physical poverty and enable them to become responsible and fulfilled Christian adults"* (vgl. www.compassion.com).

81 Vgl. www.aerdo.net (frei übersetzt: Der Liebe unseres Herrn Jesus Christus verpflichtet arbeiten wir mit allen Gläubigen partnerschaftlich zusammen mit den Armen und Unterdrückten, auf dass wir uns gemeinsam dem Ebenbild Gottes würdig erweisen)

„Wiederaufbau der Armut?"

Nachdem die Phase der Soforthilfe abgeschlossen war, stellte sich für NRO wie Bundesregierung die heikle Frage, auf welche Weise der längerfristige Wiederaufbau in den zerstörten Regionen unterstützt werden sollte. Sollten sie ihre Mittel lediglich dafür verwenden, den Status quo ante wiederherzustellen, und damit dazu beitragen, die Armut und sozialen Disparitäten, wie sie vor der Flutkatastrophe bestanden, zu rekonstruieren? Oder sollten sie die Krise nutzen, um mit ihrer Wiederaufbauhilfe die Betroffenen in der Region dabei zu unterstützen, die strukturellen Probleme von Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden? Für viele NRO war die Antwort eindeutig: Der Wiederaufbau dürfe sich nicht darauf beschränken, nur die Schäden zu beseitigen und neue Häuser zu errichten, unterstreicht das Bündnis „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft". Wirksame Hilfe für die Opfer des Tsunami müsse neben dem Wiederaufbau der Infrastruktur auch an den langfristigen strukturellen Problemen ansetzen. Das Bündnis sieht darin auch eine große Chance:

„Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine Entwicklung anzustoßen, die nachhaltig die Lebensperspektiven insbesondere der Armen verbessert. Nur so lassen sich die Ursachen von Not und Elend überwinden." [82]

Die Bundesregierung argumentierte ähnlich. Im Februar 2005 kündigte die Bundesentwicklungsministerin an:

„Uns ist es ganz besonders wichtig, dass die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsgruppen und vor allem die Bedürfnisse von Frauen und Kindern bei der Planung und Durchführung des Wiederaufbaus berücksichtigt werden. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf die Förderung von kleinen Fischern, Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern."[83]

In der finanziellen Rahmenplanung der Tsunami-Hilfe des BMZ spiegelt sich diese Prioritätensetzung allerdings nicht wider (s. oben).

Die Welthungerhilfe und terre des hommes setzen beispielsweise auf die Kooperation mit einheimischen Partnerorganisationen. Hieraus ergäbe sich die Chance, den Bedarf der Bevölkerung authentisch zu ermitteln, angemessene Hilfsgüter vor Ort zu erwerben und realistische berufliche Perspektiven für die Flutopfer zu entwickeln. Projekte wie von der Bevölkerung akzeptierte Notunterkünfte oder langfristig angelegte Ausbildungsprogramme seien so erfolgreich zu verwirklichen.

Gelingt es NRO und Regierung, solche Ansätze in den kommenden Jahren in ihrer konkreten Projektarbeit zu verwirklichen, können sie mit ihrer Wiederaufbauhilfe auch einen Beitrag zur Erreichung der längerfristigen Entwicklungsziele, allen voran der Millenniumsentwicklungsziele, leisten. Dies gilt insbesondere für die Ziele im Bereich von Gesundheit (Ziele 4-6) und Bildung (Ziel 2), aber auch für die Wasserversorgung (Ziel 7) sowie für das dritte Millenniumsentwicklungsziel zur Stärkung der Rechte von Frauen. Anfängliche Befürchtun-

82 Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!, Pressemitteilung vom 30. März 2005.
83 BMZ, Pressemitteilung vom 18. Februar 2005 (http://www.bmz.de/de/presse/pm/presse20050218.html).

gen, die Tsunami-Hilfe würde auf Kosten der Millenniumsentwicklungsziele erfolgen, wären damit obsolet.

Eine Wiederaufbauhilfe, die sich an den Zielen nachhaltiger Entwicklung orientiert, darf sich allerdings nicht nur auf die direkt von der Flut Betroffenen beschränken, sondern muss angrenzende Regionen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen einbeziehen. Denn die bevorzugte Behandlung der Tsunami-Opfer würde die sozialen Spannungen in den Regionen noch verstärken. Ein Beispiel sind die rund 270.000 Flüchtlinge in Sri Lanka, die infolge des Bürgerkriegs seit zum Teil 20 Jahren in Lagern auf engstem Raum zusammenleben. Es hätte für den Friedensprozess im Land fatale Folgen, wenn die vom Tsunami zerstörten Küstenregionen (insbesondere die so genannte „Goldküste" im Süden) mit viel ausländischer Hilfe wieder aufgebaut, aber die Bürgerkriegsflüchtlinge im Landesinneren „vergessen" würden. Ähnliches gilt für arme Bauern und Bäuerinnen sowie Tagelöhner in Indien, die im Hinterland der zerstörten Küstenorte leben. Die Welthungerhilfe fordert daher:

„Beim Wiederaufbau muss bereits vor dem Tsunami schwelenden Konflikten Rechnung getragen werden, indem auch mittelbar von der Katastrophe betroffene Gebiete unterstützt werden. Ein fairer Ausgleich zwischen Küste und Hinterland kann zur Stabilisierung der gesamten Region beitragen." [84]

Diese Einsicht hat sich in den Monaten nach dem Tsunami nicht überall durchgesetzt. So drohten in Sri Lanka ungeklärte Grundstücksfragen dadurch gelöst zu werden, dass Bauland in Gebieten ausgewiesen werden sollte, in denen es durch den Bürgerkrieg zu Vertreibungen gekommen war. Soziale Spannungen wurden aber auch dadurch verschärft, dass einheimische Behörden und lokale Eliten den Wiederaufbau zum Teil gegen die Interessen der Tsunami-Opfer durchführten. In Südindien mussten sich beispielsweise Fischer dagegen wehren, von touristisch interessanten Küstenabschnitten vertrieben zu werden. Harsha Navaratne von der Sewalanka Foundation kritisierte, dass auch in Sri Lanka an strandnahen Orten jetzt Hotels gebaut würden, wo zuvor Fischer gelebt hätten. Er forderte, nicht zu sehr auf den Tourismus zu setzen.[85] Herman Kumara, Koordinator der National Fisheries Solidarity (NAFSO) kritisierte in diesem Zusammenhang explizit die Wiederaufbaupläne der Regierung Sri Lankas:

„Fischer werden ihre Lebensgrundlagen verlieren und weiter durch die Tourismusindustrie verdrängt, der die Regierung Sri Lankas in den Wiederaufbauplänen Priorität eingeräumt hat. Wir sind tief besorgt über die sozialen Folgen dieser Pläne." [86]

Ähnliche Berichte gibt es aus den thailändischen Touristenzentren.[87]

Ausländische NRO und Regierungen müssen in solchen Situationen sorgfältig prüfen, ob sie durch die Unterstützung derartiger Projekte nicht Gefahr laufen, soziale Spannungen eher zu verschärfen als zu reduzieren.

84 Preuß/Koop (2005); S. 16.
85 Vgl. Heide Gentner (2005): Nicht jede Hilfe hilft. In: die tageszeitung, 5. April 2005, S. 10.
86 Eurostep/SAAPE/Hivos Press Statement, 15. Juli 2005.
87 Vgl. Reese (2005), S. 16f.

Die Konflikte zwischen einheimischen Fischern und Tourismusindustrie verweisen auch auf die ökologische Dimension der Wiederaufbauhilfe. Dass der Tsunami eine derart zerstörerische Wirkung entfalten konnte, lag auch daran, dass ein Großteil der Mangrovenwälder, die einst eine natürliche Barriere zwischen Meer und Küstensiedlungen bildeten, in den letzten Jahrzehnten abgeholzt worden war, um Platz für Hotels, weiße Strände oder auch Shrimpsfarmen zu schaffen.[88] Ein Wiederaufbau des Zustandes vor der Flutwelle, wie er sich gegenwärtig abzeichnet, hieße, die ökologischen Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Ähnliche Probleme bestehen auch beim Wiederaufbau der Fischerei. In Sri Lanka haben sich beispielsweise vor der Flut häufig mehrere Familien ein Boot geteilt. Würde nun infolge des Hilfsbooms jeder Fischer ein eigenes Boot erhalten, würde dies die Konkurrenz an der ohnehin überfischten Küste verschärfen und hätte damit längerfristig negative ökonomische und ökologische Folgen.

Diese Beispiele verdeutlichen einmal mehr, dass es beim Wiederaufbau nicht allein auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der Hilfe ankommt. NRO und Regierungen müssen dabei die sozialen und ökologischen Implikationen ihrer Aktivitäten stets im Auge behalten.

Stabilisieren oder intervenieren?

Angesichts der langjährigen Konflikte in Sri Lanka und Indonesien stellte sich für Regierungen und internationale Organisationen nach der Flutwelle die Frage, welche Auswirkungen ihre Not- und Wiederaufbauhilfe auf die politische und gesellschaftliche Situation in diesen Ländern hätte. Wie konnte verhindert werden, dass der Zustrom an zusätzlichen Ressourcen einzelne Konfliktparteien, etwa die singhalesische Mehrheit in Sri Lanka oder das indonesische Militär in der abtrünnigen Provinz Aceh, begünstigte und dadurch deren Machtposition noch stabilisierte? Wie konnten die Hilfsmaßnahmen andererseits dazu beitragen, die innergesellschaftlichen Konflikte zu überwinden und Friedensprozesse zu stärken? Diese Fragen waren zu Beginn der Hilfsmaßnahmen nicht abschließend zu beantworten. Sie müssen über den gesamten Verlauf der Wiederaufbauhilfe immer wieder neu geprüft werden.[89]

In den ersten Monaten nach der Flut war zu befürchten, dass sich die Konflikte in Indonesien und Sri Lanka eher noch verschärften. Opfer des Tsunami und ausländische Hilfsorganisationen beklagten in beiden Ländern anhaltende Korruption und das Zurückhalten von Hilfslieferungen durch Militärs und staatliche Stellen.

Der internationale Druck zwang jedoch parallel dazu die Konfliktparteien an einen Tisch. Bereits im Januar begannen in Helsinki Friedensgespräche zwischen der indonesischen Regierung und der Separatistenbewegung GAM. Verhandelt wurde über einen Friedens-

88 Vgl. dazu ausführlicher Reese (2005), S. 15ff.
89 Vgl. dazu die sehr nützlichen Informationen und Handlungsempfehlungen zum Aceh-Konflikt von Kievelitz (2005).

schluss der Konfliktparteien, die möglichen Formen der Selbstregierung der Provinz Aceh und eine internationale Überwachungsmission. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes am 19. Mai 2005 und die dauerhafte Zulassung ausländischer NRO in der Provinz waren erste positive Signale. Die Bundesregierung reagierte darauf demonstrativ, indem sie noch im Mai 2005 Indonesien Mittel für Wiederaufbauprojekte zur Verfügung stellte – als nach ihren Worten erster bilateraler Geber.[90] Mit dem Friedensvertrag, den die indonesische Regierung und die GAM am 15. August 2005 unterzeichneten, wurde endgültig ein Durchbruch nach fast 30 Jahren Bürgerkrieg erzielt. Der Druck der EU spielte beim Zustandekommen des Vertrags eine wichtige Rolle. Die EU unterstützt den Friedensprozess nun gemeinsam mit fünf Mitgliedsländern der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) durch eine 250-köpfige Beobachtermission (Aceh Monitoring Mission). Es handelt sich um den ersten derartigen Kriseneinsatz der EU in Asien.

Auch in Sri Lanka kam es infolge des internationalen Drucks zu einer Annäherung zwischen der Präsidentin Chandrika Kumaratunga und den Separatisten der LTTE. Weltbank und internationale Geber hatten die Einrichtung eines Treuhandfonds („Multi-Donor-Trust-Fund") für Sri Lanka davon abhängig gemacht, dass Vertreter der tamilischen und muslimischen Minderheiten in den gemeinsamen Entscheidungsmechanismus über die Verwendung der Wiederaufbaumittel einbezogen werden. Die Bundesregierung, und insbesondere die Bundesentwicklungsministerin, hatten sich im ersten Halbjahr 2005 aktiv für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses und die gerechte Verteilung der Flutmittel in Sri Lanka eingesetzt. Dies hatte mittlerweile auch Auswirkungen auf der Projektebene:

„Uns stimmt besonders positiv, dass im Norden die tamilische Rebellenorganisation LTTE eng mit den Regierungsbehörden zusammenarbeitet," stellte der Projektleiter der Welthungerhilfe im tamilischen Kilinochchi Ende Juni 2005 fest. [91]

Trotz dieser positiven Auswirkungen der Fluthilfe ist die Situation in Sri Lanka weiterhin instabil. Die Ermordung des Außenministers Lakshman Kadirgamar im August 2005 hat die Lage weiter verschärft. Umso wichtiger ist es, dass NRO und Bundesregierung in ihrer weiteren Wiederaufbauhilfe den begonnenen Aussöhnungsprozess aktiv unterstützen.

Konsequenzen für die Wiederaufbauhilfe

Die Vielschichtigkeit der politischen, ökonomischen, sozialen, ökologischen und ethnisch-religiösen Probleme im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flutkatastrophe macht eine Bewertung der bisherigen Not- und Wiederaufbauhilfe schwierig. Unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Erwartungshaltungen führen zu entsprechend unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Viele Regierungen und humanitäre Organisationen zogen angesichts des Ausmaßes der Katastrophe eine überwiegend positive Zwischenbilanz ihrer eigenen Hilfsmaßnahmen.

90 Vgl. BMZ Pressemitteilung vom 26. Mai 2005.
91 DWHH Pressemitteilung vom 24. Juni 2005.

Dagegen betonten beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter von Bauern-, Fischer- und Anti-Korruptionsgruppen aus Indonesien und Sri Lanka, die Wiederaufbaubemühungen seien beeinträchtigt worden durch „Ungleichheit, *top-down*-Politik und einen Mangel an Koordination, finanzieller und politischer Transparenz sowie Beteiligung der lokalen Gemeinschaften". Hunderttausende betroffener Menschen würden weiterhin in verzweifelten Umständen und völliger Ungewissheit über ihre Zukunft leben.[92]

Der Hoffnung in staatliche Wiederaufbauprogramme setzen NRO angesichts dieser Erfahrungen gerade die Kritik an den bürokratischen Staatsapparaten und Modelle zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit entgegen:

„Zivilgesellschaftliche Organisationen haben komparative Vorteile insbesondere in den Ländern, in denen die Gefahr groß ist, dass Hilfsgelder in staatlichen Apparaten versickern und in denen auf Grund von Bürgerkriegsspannungen ein konfliktsensitiver Aufbau erforderlich ist", argumentiert beispielsweise der VENRO-Vorsitzende Reinhard Hermle. [93]

Die Kontroverse, ob staatliche oder nichtstaatliche Hilfe die „bessere" Hilfe für den weiteren Wiederaufbau der Tsunami-Region sei, zielt jedoch an den eigentlichen Problemen vorbei. Denn die entscheidende Frage ist nicht, welcher Akteur die Mittel bereitstellt, sondern für welche Zwecke und nach welchen Kriterien sie vergeben werden und wie sie in die langfristige Strategie entwicklungsorientierter Arbeit eingebunden sind.

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass in den Grundprinzipien ihrer Wiederaufbauhilfe zwischen deutschen NRO und der Bundesregierung eine weitgehende Übereinstimmung besteht. So haben sich beispielsweise die im Bündnis „Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!" zusammengeschlossenen NRO, darunter die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes, als Konsequenz aus früheren humanitären Krisen und den Erfahrungen der ersten Wochen nach der Tsunami-Katastrophe zur Einhaltung folgender fünf „Qualitätskriterien" verpflichtet: [94]

1. Bedarfsanalyse: Jede Unterstützung orientiert sich am Bedarf vor Ort und an der Bedürftigkeit der Betroffenen.
2. Koordination: Alle Hilfsaktivitäten werden eng mit staatlichen Stellen und den Akteuren der internationalen Hilfe abgestimmt.
3. Partnerorientierung: Gesteuert und umgesetzt werden die Hilfsprojekte in aller Regel von lokalen Partnerorganisationen, die vor Ort fest verankert sind.
4. Ganzheitlichkeit: Die Projekte werden daraufhin geprüft, ob sie sozial und ökologisch nachhaltig sind, ob sie vorhandene Konfliktpotenziale berücksichtigen und ob sie der Gleichstellung von Frauen und Männern dienen.
5. Evaluation: Die Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen wird kontinuierlich überprüft und unter entwicklungspolitischen und finanziellen Gesichtspunkten analysiert.

92 Vgl. Bianchi (2005).93 VENRO Pressemitteilung 9/2005 vom19. Mai 2005.
94 Gemeinsam für Menschen in Not – Entwicklung hilft!, Pressemitteilung vom 30. März 2005.

Die Prinzipien, die das BMZ für seine Wiederaufbauhilfe formuliert hat, lesen sich sehr ähnlich:[95]

- Keine Disparitäten verstärken
- Konfliktsensible Planung und Umsetzung, *Do-No-Harm-Prinzip*
- Partizipation der betroffenen Bevölkerung (insbesondere Frauen) an Planung und Umsetzung
- Stärkung der eigenen Fähigkeiten (*ownership*)
- Stärkung der Zivilgesellschaft
- Ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung
- Koordination mit anderen Gebern

Ob das hohe Maß an konzeptioneller Übereinstimmung zwischen NRO und Bundesregierung in den Grundprinzipien der Wiederaufbauhilfe auch zu einer Einigung über die politische Umsetzung dieser Prinzipien führt, hängt vor allem von zwei Faktoren ab: Entscheidend wird erstens sein, ob auch die neue Bundesregierung diese Prinzipien zur Grundlage ihrer Wiederaufbauhilfe erklärt, und inwieweit sie zweitens diese Prinzipien in ihren Projekten und Programmen tatsächlich verwirklicht. Denn auch für die Entwicklungszusammenarbeit nach der Tsunami-Katastrophe gilt: Maßgeblich ist am Ende nicht die Rhetorik, sondern die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe.

4. Schlussfolgerungen: Empfehlungen von Deutscher Welthungerhilfe und terre des hommes an die Bundesregierung

1. Tsunami-Hilfe darf nicht auf Kosten der Millenniumsentwicklungsziele und der „stillen, täglichen Tsunamis" erfolgen. Sie sind die eigentliche Herausforderung.

Die deutsche Bevölkerung hat in einmaliger Weise auf die Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean reagiert. Ihre Spenden von mehr als 600 Millionen Euro sind ein bemerkenswertes Zeichen der Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den betroffenen Menschen in der Region. Unter dem Eindruck des enormen Engagements der deutschen Öffentlichkeit hat auch die Bundesregierung rasch reagiert und 500 Millionen Euro an Not- und Wiederaufbauhilfe für die Jahre 2005 bis 2009 zugesagt. Weiterhin sterben jedoch jeden Tag durch Hunger und Krankheiten wie Aids, Malaria und Tuberkulose weltweit viele tausend Menschen. Gemessen an der Zahl der Opfer erlebt Afrika jede Woche einen „stillen Tsunami" – allerdings ohne medienwirksamen „CNN-Effekt".

95 Vgl. BMZ (2005b).

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen die rasche Reaktion der Bundesregierung und die Bereitstellung von 500 Millionen Euro für Not- und Wiederaufbauhilfe. Sie unterstreichen allerdings, dass es sich dabei um zusätzliche Mittel handeln muss. Denn der Tsunami war eine unvorhersehbare Katastrophe, die mit normalen Mitteln nicht zu bewältigen ist. Die eigentliche Herausforderung sind jedoch die vielen „stillen Tsunamis", die sich tagtäglich ereignen. Um sie wirksam zu überwinden, reichen aber die Entwicklungshilfemittel schon jetzt nicht aus. Die Tsunami-Hilfe darf daher nicht auf Kosten der strukturellen Armutsbekämpfung und der Finanzierung der Millenniumsentwicklungsziele erfolgen.

2. Substantielle Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erforderlich.

Im mittelfristigen Finanzplan des Bundes sind für die Jahre 2006 bis 2009 lediglich Erhöhungen des BMZ-Etats von jährlich 80 bzw. 85 Millionen Euro vorgesehen. Die Tsunami-Sondermittel machen einen erheblichen Teil dieser Erhöhungen aus. Für andere Aufgaben im Bereich der Armutsbekämpfung würde das Wachstum der BMZ-Mittel entsprechend geringer ausfallen.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern die Bundesregierung auf, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2009 substantiell aufzustocken, damit nicht nur die Finanzierung der Tsunami-Sondermittel, sondern auch die Beiträge zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele gesichert sind.

3. Wiederaufbau muss Rechte von Frauen und Kindern berücksichtigen. Er muss zielgruppenspezifisch sowie nach ökologischen und sozialen Kriterien erfolgen.

Das BMZ hat zu Recht betont, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsgruppen und vor allem die Bedürfnisse von Frauen und Kindern bei der Planung und Durchführung des Wiederaufbaus zu berücksichtigen. Es hat angekündigt, einen Schwerpunkt auf die Förderung der Fischer, der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Rechte von Frauen und Kindern zu legen. In der finanziellen Rahmenplanung des BMZ spiegelt sich diese Prioritätensetzung jedoch nicht wider. Besorgnis erregend sind auch Berichte von Betroffenen aus Indien, Sri Lanka und Thailand, nach denen im Zuge der Wiederaufbauhilfe die Interessen der Tourismusindustrie bevorzugt und Fischer von touristisch interessanten Küstenabschnitten vertrieben werden. Die Gefahr ist groß, dass durch die einseitige Förderung der Tourismusbranche nicht nur soziale Spannungen verschärft, sondern auch ökologische Fehler der Vergangenheit (z.B. das Abholzen der Mangrovenwälder) wiederholt würden.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen den Ansatz des BMZ, der sich allerdings in konkreten Zahlen widerspiegeln muss. Weiterhin fordern sie die Bundesregierung auf, Projekte gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung bedarfsgerecht zu planen. Das gilt sowohl für ökologische Wiederaufbaumaßnahmen als auch für den Wiederaufbau der Tourismusindustrie.

4. Soziale Spannungen vermeiden: Bürgerkriegsflüchtlinge im Landesinneren Sri Lankas verstärkt unterstützen.

Damit die Wiederaufbauhilfe bereits existierende soziale Spannungen in der Region nicht noch weiter verschärft, darf sie sich nicht auf die direkt von der Flut Betroffenen beschränken. In Sri Lanka leben beispielsweise rund 270.000 Bürgerkriegsflüchtlinge seit zum Teil 20 Jahren in Lagern auf engstem Raum zusammen. Es hätte für den Friedensprozess im Land fatale Folgen, wenn zwar die vom Tsunami zerstörte Küstenregion mit ausländischer Hilfe wiederaufgebaut werden würde, aber die Bürgerkriegsflüchtlinge im Landesinneren „vergessen" würden.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern die Bundesregierung auf, in ihrer Entwicklungszusammenarbeit neben der direkten Wiederaufbauhilfe auch die Bürgerkriegsflüchtlinge sowie die Armutsbevölkerung im Landesinneren verstärkt zu unterstützen. Denn nur ein fairer Ausgleich zwischen Küste und Hinterland kann zur Stabilisierung der gesamten Region beitragen. In diesem Zusammenhang begrüßen Welthungerhilfe und terre des hommes das Engagement der Bundesregierung für den Friedensprozess in Sri Lanka und fordern die neue Bundesregierung auf, diesen Prozess trotz der jüngsten Rückschläge weiterhin aktiv zu unterstützen. Dies gilt in gleicher Weise auch für den Friedensprozess in Indonesien, der sich nach Abschluss des Friedensvertrages zwischen der indonesischen Regierung und den Separatisten der GAM nun in der kritischen Phase der Entmilitarisierung befindet.

5. Zivilgesellschaftliche Organisationen stärker unterstützen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die langjährige Beziehungen zu lokalen Partnerorganisationen vor Ort haben, können sicherstellen, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Die Gefahr, dass Mittel infolge von Korruption und Vetternwirtschaft in staatlichen Apparaten versickern, besteht bei ihnen nicht. Gerade in Ländern, in denen Teile der Bevölkerung systematisch diskriminiert werden (z.B. die Dalits in Indien) oder in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen (wie in Sri Lanka und Indonesien), können Nichtregierungsorganisationen dazu beitragen, diejenigen Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, die von staatlichen Behörden oder lokalen Eliten diskriminiert werden. Auch das BMZ betont immer wieder die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen. In seiner Rahmenplanung der Tsunami-Hilfe sind jedoch nur

25 der 500 Millionen Euro für Projekte der deutschen Zivilgesellschaft vorgesehen.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes kritisieren, dass die Bundesregierung nur fünf Prozent ihrer Tsunami-Sondermittel zur Unterstützung von Projekten der deutschen Zivilgesellschaft vorgesehen hat. Diese Summe ist angesichts der wichtigen Rolle von NRO beim Wiederaufbau in der Krisenregion völlig unzureichend. Sie fordern die Bundesregierung auf, auch die in der Rahmenplanung vorgesehene Reserve in Höhe von 75 Millionen Euro den NRO zur Verfügung zu stellen und damit die Mittel zur Unterstützung von Projekten der deutschen Zivilgesellschaft auf insgesamt 100 Millionen Euro aufzustocken.

6. Vereinte Nationen stärken.

Die Hilfsbereitschaft, die die Regierungen nach dem Tsunami im Indischen Ozean demonstriert haben, lassen sie in vielen anderen Krisenregionen der Welt vermissen. Dies gilt für die Krise im Sudan ebenso wie für die akute Hungersnot in Niger. Auf den Hilfsappell, den die Vereinten Nationen mit Blick auf die vorhersehbare Katastrophe in Niger bereits 2004 an die Staatengemeinschaft gerichtet haben, haben die meisten Regierungen – einschließlich der Bundesregierung – monatelang nicht reagiert.

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes fordern die Bundesregierung auf, alle Hilfsappelle der Vereinten Nationen ernst zu nehmen und auf sie ebenso kurzfristig zu reagieren, wie sie es nach der Tsunami-Katastrophe getan hat. Dabei sollte ihr Finanzierungsanteil an den von den Vereinten Nationen benötigten Nothilfemitteln mindestens so hoch sein, wie der deutsche Beitragssatz für den regulären Haushalt der Vereinten Nationen (2005: 8,662 Prozent).

Fazit

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes appellieren nachdrücklich an die Bundesregierung, auf die „stillen Tsunamis", denen Tag für Tag tausende von Menschen infolge von Hunger und Krankheiten zum Opfer fallen, mit dem gleichen politischen und finanziellen Engagement zu reagieren, wie sie es nach der eigentlichen Tsunami-Katastrophe getan hat. Eine notwendige Voraussetzung dafür wäre die substantielle Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfemittel, die unmittelbar für die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele verwendet werden, und der Einsatz der Bundesregierung auf internationaler Ebene für die Schaffung entwicklungsfreundlicher politischer Rahmenbedingungen.

Literatur

Asendorpf, Dirk (2005): Wenn Helfer zu sehr helfen. In: Die Zeit Nr. 28, 7. Juli, S. 31.

Asian Development Bank, Economics and Research Department (2005): An Initial Assessment of the Impact of the Earthquake and Tsunami on South and Southeast Asia (12 January 2005). Manila: ADB.

Bianchi, Stefania (2005): Aid Promoting Big Business. Brussels: IPS (15. Juli)

BMZ (2005a): Sachstand „Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe im Indischen Ozean" (19.5.2005). Bonn: BMZ.

BMZ (2005b): Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe im Indischen Ozean. Bonn: BMZ (Referat 200).

BMZ (2004): Vertrauliche Erläuterungen 2005 zu Kapitel 2302, Titel 86601 und 89603. Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bonn (September).

Deen, Thalif (2005a): Cash, Coordination Woes Threaten to Snarl Reconstruction. New York: IPS (18. Mai).

Deen, Thalif (2005b): Grand Promises of Aid Fail to Materialise. New York: IPS (14. April).

Deen, Thalif (2005c): Women, Children Suffer Most in Overcrowded Camps. New York: IPS (7. Juni).

Deutsche Welthungerhilfe (2005a): Welternährung 1/2005. Bonn.

Deutsche Welthungerhilfe (2005b): Welternährung Extra 2/2005 (Sonderausgabe Tsunami). Bonn.

Dickerhof, Ralph (2005): Der lange Weg aus dem Chaos. Indonesien: Warum der Wiederaufbau der Provinz Aceh nur langsam vorankommt. In: Welternährung Extra 2/2005, S. 3.

Government of Indonesia (2005): Master Plan for the Rehabilitation and Reconstruction of the Regions and Communities of the Province of Nanggroe Aceh, Darussalam and the Islands of Nias, Province of North Sumatra. Jakarta.

Human Rights First (2005): Civil Society and Human Rights in Aceh after the Tsunami. Prepared for the Congressional Human Rights Caucus (CHRC), Thursday, February 10th, Washington, D.C.: HRF.

InterAction (2005): InterAction Member Tsunami Response Accountability Report. A Guide to Humanitarian and Development Efforts of Inter*Action* Members in Tsunami-Affected Areas, December 26, 2004 – March 26, 2005. Washington, D.C.: InterAction.

Kievelitz, Uwe (2005): Der Aceh-Konflikt und seine Konsequenzen für die Durchführung internationaler Nothilfe- und Wiederaufbau-Maßnahmen: Hintergrund und konkrete Handlungsempfehlungen. Eschborn: GTZ.

Luyken, Reiner (2005): Und viel Geld liegt auf der Bank. In: Die Zeit Nr. 25, 16. Juni, S. 13ff.

Macan-Markar (2005): Lack of Water-Borne Disease a Silent Success. Bangkok: IPS.

Nellissen, Katja (2005): Hilfe mit Hindernissen. Opfer und Helfer werfen Regierung Untätigkeit vor. http://www.wdr.de/themen/panorama/katastrophe/seebeben_suedostasien/spenden_indien/index.jhtml (vom 8. Juni 2005)

Oxfam International (2005): The tsunami's impact on women. Oxfam Briefing Note, March 2005. Oxford.

Preuß, Hans-Joachim/Koop, Stefanie (2005): Wiederaufbau in Südostasien – Nachhaltigkeit braucht Zeit und Geduld. In: Nord-Süd Info-Dienst Nr. 88, S. 15f.

Reese, Niklas (2005): Business as usual. Hilfe, Wiederaufbau und der Status Quo – Entwicklungen am Indischen Ozean. Essen: Asienstiftung.

UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2005a): Indian Ocean Earthquake Tsunami, Consolidated Appeals Process (CAP) Flash Appeal. New York/Genf: UN OCHA.

UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2005b): Indian Ocean Earthquake Tsunami, Consolidated Appeals Process (CAP) Mid-term Review. New York/Genf: UN OCHA.

World Bank (2005): Update on the World Bank Response to the Tsunami Disaster (22 April 2005). Washington, D.C.: World Bank.

Internetressourcen

http://www.reliefweb.int/FTS/

http://www.alertnet.org/thefacts/aidtracker/

http://www.entwicklung-hilft.de/

http://www.asienhaus.de/

http://www.tdh.de/

http://www.welthungerhilfe.de/

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADB	Asian Development Bank
ASEM	Asia-Europe Meeting
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesministerium der Verteidigung
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe
ECHO	European Commission Humanitarian Office
EU	European Union
FAO	Food and Agriculture Organization
GAM	Gerakan Aceh Merdeka
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IDA	International Development Association
IMF	International Monetary Fund
IPS	Inter Press Service
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MDGs	Millennium Development Goals
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
NGO	Non-Governmental Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
PPP	Public-Private Partnerships
tdh	terre des hommes
THW	Technisches Hilfswerk
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 1, 53173 Bonn
Tel.: (02 28) 22 88 - 0, Fax: (02 28) 22 88 - 333
e-mail: info@welthungerhilfe.de
Internet: www.welthungerhilfe.de

terre des hommes Deutschland e.V.
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstr. 11a, 49084 Osnabrück
Tel.: (05 41) 71 01 - 0, Fax: (05 41) 70 72 33
e-mail: info@tdh.de
Internet: www.tdh.de